

**volkshilfe.**

**WE NEED  
A CHANGE**

POLICY  
PAPER

**GEMEINSAM FÜR EINE  
KLIMAGERECHTE  
ZUKUNFT.**

**DIE SOZIAL-ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION GESTALTEN**

„ALS ERSTES KOMMT DIE  
FAMILIE, DANN MACHE ICH MIR  
SORGEN UM DIE NATUR. WENN  
DAS KLIMA ENDET, WIE KANN  
ICH FÜR DIE FAMILIE SORGEN?  
ALLES HÄNGT ZUSAMMEN,  
KLIMA, NATUR, FAMILIE,  
VERWANDTE.

ABER WAS KANN  
ICH ALLEINE MACHEN?“

(Zitat eines armutsbetroffenen Vaters)

# INHALT

<b>Vorwort</b>	<b>6</b>
<b>Einleitung</b>	<b>10</b>
<b>Wohnen &amp; Wohnumgebung</b>	<b>16</b>
<b>Energie</b>	<b>22</b>
<b>Mobilität &amp; öffentliche Infrastruktur</b>	<b>26</b>
<b>Pflege</b>	<b>32</b>
<b>Arbeitsmarkt</b>	<b>38</b>
<b>Ernährung</b>	<b>42</b>
<b>Kindspezifische Herausforderungen in der Klimakrise</b>	<b>46</b>
<b>Die Volkshilfe in der Klimakrise</b>	<b>52</b>
<b>Fazit &amp; Ausblick</b>	<b>58</b>
<b>Literatur</b>	<b>60</b>

# VORWORT

„Horror!“, „Sauna“, „unerträglich“ - so beschreiben Armutsbetroffene die Temperaturen ihrer Wohnung im Sommer. Die Auswirkungen der Klimakrise sind in Österreich längst angekommen. Vulnerable Gruppen in der Gesellschaft – Armutsbetroffene, ältere Personen, Menschen mit chronischen Erkrankungen und (Klein)Kinder, aber auch Arbeitnehmer\*innen, die körperliche Arbeit verrichten, sind von den negativen Auswirkungen des Klimawandels stärker betroffen.

Die Ursachen für die starke Betroffenheit, insbesondere von Hitze, sind vielfältig, aber strukturell angelegt: schlechtere Wohnbedingungen wie Überbelegung, belastende Arbeitsbedingungen, stärkere lokale Betroffenheit durch städtische Hitzeinseln oder auch die größere Zahl armutsbetroffener Menschen mit chronischen Erkrankungen. Armutsbetroffenen fehlen aber auch die finanziellen Mittel, um Anpassungen an die Effekte der Klimakrise abzumildern. Das macht sie besonders abhängig von politischen Regulationen und sozialer Infrastruktur.

Mit ihren neun Landesorganisationen unterstützt die Volkshilfe Menschen durch ihre sozialen Dienstleistungen. Ob in der mobilen Pflege, in Senior\*innenheimen, durch integrative Arbeitsmarktprojekte, in der Kinderbetreuung, der Obdachlosenhilfe oder der Flüchtlings- und Migrant\*innen-Betreuung: Im Mittelpunkt steht der Mensch, seine Rechte und Bedürfnisse. Voraussetzung für unsere Lebensgrundlagen ist ein intakter Planet. Durch ein wankendes ökologisches System steigt die Belastung auf den Menschen, was die Dienstleistungen der Volkshilfe noch dringlicher macht. Das betrifft Menschen in Österreich, aber auch international und in Ländern des sogenannten „Globalen Südens“, wo wir mit verschiedenen Projekten der Humanitären Hilfe und der internationalen Zusammenarbeit aktiv sind.

Die Volkshilfe Österreich bekennt sich daher zu den Pariser Klimazielen und will aktiv zu deren Erreichung beitragen. Den Kampf gegen die Erderhitzung und andere Folgen der Klimakrise sehen wir als drängende soziale Frage an.

Im vorliegenden Policy Paper wird anhand von ausgewählten Themenfeldern dargestellt, mit welchen Belastungen unsere Klient\*innen im Kontext der Klimakrise konfrontiert sind.

Diese Themenfelder sind:

- Wohnen/Wohnumgebung
- Energie
- Mobilität
- Pflege und Betreuung
- Arbeitsmarkt
- Ernährung

Aufgrund der erhöhten Klimavulnerabilität von Kindern sowie der intensiven Arbeit der Volkshilfe mit dem Thema Kinderarmut ist in diesem Papier auch ein eigener Schwerpunkt zu **kindspezifischen Herausforderungen im Kontext der Klimakrise** enthalten.

Zuletzt wird dargestellt, welchen Beitrag die Volkshilfe als soziale Organisation zur sozialökologischen Transformation leistet und welche Herausforderungen in Bezug auf Nachhaltigkeit und betrieblichen Klimaschutz bestehen.





Die Menschen, die am wenigsten zur Klimakrise beitragen,  
sind am stärksten von den Folgen betroffen.

EINLEITUNG



# EINLEITUNG

## DIE KLIMAKRISE IN ÖSTERREICH

Die Klimakrise stellt sich auch in Österreich als multiple Bedrohungslage dar. Laut dem aktuellen IPCC-Bericht von 2023 hat sich die Erde im Zeitraum von 2011-2020 im Vergleich zum Zeitraum von 1850-1900 um 1,1°C erwärmt (IPCC 2023). In Österreich beträgt die Erwärmung im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter sogar 2°C (CCCA 2021). Der UN-Wissenschaftsrat warnt seit Jahren: Je stärker die Erderwärmung, desto höher ist das Risiko, dass die Folgen einschneidend, allumfassend und unumkehrbar sein werden (IPCC 2023).

Besonders stark betroffen sind Kinder und Jugendliche, weil sie länger mit den Folgen der Klimakrise und der enormen Zunahme an Hitzeperioden leben müssen. Die Lebensbedingungen kommender Generationen auf diesem Planeten hängen daher von entschlossenen Maßnahmen gegen die Erderhitzung ab.

Auch in Österreich sind die Auswirkungen der Klimakrise in Form von Extremwetterereignissen wie Stürmen, Starkniederschlägen mit Hochwasser, Murgängen, Hitzewellen oder dem starken Rückgang der Biodiversität spürbar. Im Jahr 2023 lag die Zahl der Hitzetoten in Österreich bei 486 (BMK 2024c). Aufgrund der Hitze haben die alpinen Gletscher in den letzten 100 Jahren rund die Hälfte ihres Eises verloren (BMK 2024b). Mehr als die Hälfte aller Amphibien und Reptilien in Österreich sind vom Aussterben bedroht, ebenso wie knapp die Hälfte aller Fische und ein Drittel aller Vögel und Säugetiere (Umweltbundesamt 2024b).

Es ist unbedingt erforderlich, das Fortschreiten des vom Menschen verursachten Klimawandels zu stoppen. Die derzeitigen Maßnahmen der österreichischen Bundesregierung sind nicht ausreichend, um die von der EU vorgegebenen Klimaschutzziele zu erreichen (Greenpeace 2023). Die Volkshilfe unterstützt das 1,5°C Ziel des Übereinkommens von Paris (COP21) und ist davon überzeugt, dass es die gebündelten Kräfte von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft braucht, um diese enorme Herausforderung auf eine sozial gerechte Weise zu bewältigen.

## KLIMAGERECHTIGKEIT

Armutsgefährdete Menschen sind stärker von den Folgen des Klimawandels und von Umweltverschmutzung betroffen, als Menschen mit höherem Einkommen und Vermögen (Allinger u. a. 2021). Weltweit, wie auch in Österreich, tragen Vermögende überproportional zur Klimazerstörung bei.

## DIE REICHSTEN 10% DER ÖSTERREICHISCHEN BEVÖLKERUNG VERURSACHEN MEHR ALS VIERMAL SO VIEL TREIBHAUSGASE ALS DIE ÄRMSTEN 10% (GREENPEACE 2020).

Global betrachtet ist die Diskrepanz der Verantwortlichkeit noch deutlicher: Zwischen 1990 und 2015 verursachten die reichsten 10% mehr als die Hälfte des weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionsanstieges (Nabernegg 2021). Gekoppelt sind dieser Reichtum und die Klimaschäden häufig an fossile Unternehmen. So zählen BP oder Shell zu jenen 20 Unternehmen, die zusammen für ein Drittel der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich sind (Heede 2019; Taylor und Watts 2019).

Die Debatte rund um Klimagerechtigkeit zeigt, dass die Bewältigung der Klimakrise eine zutiefst soziale Frage ist. Menschen, die am wenigsten zur Klimakrise beitragen, sind am stärksten von ihr betroffen (BMK 2024a; BMSGPK 2021). Dies gilt nicht nur für armutsgefährdete Menschen in Österreich, sondern auch für Menschen im globalen Süden oder Menschen der nächsten Generationen. Dieser Zustand lässt sich vor allem auf den unterschiedlich ausgeprägten Zugang zu Infrastrukturen, Ressourcen und Dienstleistungen zurückführen (APCC 2023). Demnach sind ärmere Menschen in ihrer Mobilität und Wohnform stark eingeschränkt, was auch ihren CO<sub>2</sub>-Fußabdruck auf einem geringeren Niveau hält. Je höher das Einkommen, desto leichter der Zugang zu motorisierten Individualverkehr, zu Reisen, (Über-)Konsum oder zu größeren Wohnflächen in der suburbanen Umgebung (Buxbaum, Kranawetter, und Wukovitsch 2019).

Gleichzeitig treffen die zusätzlichen Belastungen von Klimafolgen und Umweltverschmutzung vulnerable Gruppen im höheren Maße, insbesondere Armutsbetroffene, Säuglinge, Kinder, Ältere, chronisch Kranke, Personen mit eingeschränkter Mobilität, einsame Menschen und Arbeiter\*innen (Campbell u. a. 2018). Von absoluter Armut betroffene Personen sind besonders von umweltschädlichen Faktoren wie Lärmbelästigung und Luftverschmutzung betroffen (Statistik Austria 2024a, 53).

Klimagerechtigkeit bedeutet, den Umgang mit den Ursachen, Folgen und Kosten der Klimakrise zu regeln, ohne dabei Menschen zu benachteiligen (Fritz und Bohnenberger 2020). Der Begriff Klimagerechtigkeit vereint Ansätze, die sich mit Verteilungskonflikten um Umweltbelastungen, mit dem Zugang zu natürlichen Ressourcen und der Sicherung guter Lebensbedingungen auseinandersetzen (Martinez-Alier 2017). Er entstand in den USA in den 1980er Jahren im Zuge einer Protestbewegung, die sich gegen die Abwälzung der schädlichen Umweltfolgen von Industrie und Wirtschaft auf sozial benachteiligte Wohngebiete und Bevölkerungsgruppen stark machte. Die Bewegung zeigt auf, dass Gesellschaftsgruppen unterschiedlich stark von Umweltbelastungen betroffen sind und eine Umweltpolitik, die sich dessen nicht bewusst ist und darauf nicht reagiert, diskriminierend und ungerecht handelt (Schultz 2016).

Um eine klimagerechte Gesellschaft zu erreichen, ist eine **sozial-ökologische Transformation** und damit die Transformation nicht-nachhaltiger Strukturen dringend notwendig. Der Begriff macht deutlich, dass es hinsichtlich der Klimafrage mehr benötigt als rein technische Lösungen. Vielmehr brauchen wir eine umfassende "politische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Veränderungen" (Luks 2019, 3), die nicht nur zu einer ökologisch sondern auch sozial nachhaltigen und gerechten Zukunft führen. Dabei gilt es, gesellschaftliche, ökonomische sowie politische Ungleichheiten abzubauen und zugleich ökologisch verträgliche Lebens- und Produktionsweisen zu etablieren (Brand 2014, 12). Eine Transformation der Verhältnisse steht uns aufgrund der klimatischen Veränderungen jedenfalls bevor - die Frage ist nur, ob sie planvoll oder chaotisch passieren wird ("by design or by disaster", Sommer und Welzer 2017, 27).

Das vorliegende Positionspapier soll aufzeigen, dass eine Verknüpfung von klima- und verteilungspolitischen Maßnahmen zum Abbau sozialer Ungleichheiten unbedingt notwendig ist. Durch eine verstärkte Partizipation aller Bevölkerungsgruppen bei der Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen können unterschiedliche Realitäten aufgezeigt und klimasoziale Lösungen gefunden und formuliert werden. Genau das zeigte bereits der österreichische Klimarat der Bürgerinnen und Bürger mit 100 zufällig ausgewählten Teilnehmer\*innen (ARGE Klimarat 2022).



## KLIMASOZIALE POLITIK

Wie bereits skizziert besteht die Aufgabe darin, soziale und ökologische Fragen stets miteinander zu verknüpfen und die Klimakrise als soziale Ungleichheit verstärkende Krise zu bekämpfen (APCC 2023). Ein politischer Ansatz, der auf dieser Verknüpfung basiert, ist die sogenannte "klimasoziale Politik" (Die Armutskonferenz u. a. 2021). Eine klimasoziale Politik versteht die Klimakrise auch als soziale Krise. Sie schafft es, die Klimakrise mit einer sozialen Politik zu adressieren und verfolgt Strategien, die gleichzeitig Lösungen für soziale und ökologische Probleme darstellen. Somit werden klimasoziale Grundbedürfnisse befriedigt: zum Beispiel ein hochwertiger und klimafreundlicher Wohnbau, ein gut ausgebautes und klimafreundliches, öffentliches Verkehrsnetz oder eine leistbare und qualitativ hochwertige Lebensmittelversorgung für alle.

**"KLIMASOZIALE POLITIK STREBT NACH EINER SOZIALEN, INKLUSIVEN UND POLITISCH FORTSCHRITTLICHEN GESELLSCHAFT, IN DER ALLE EIN SELBSTBESTIMMTES LEBEN FÜHREN KÖNNEN, OHNE DABEI IHRE EIGENE ODER DIE LEBENSGRUNDLAGE ANDERER ZU GEFÄHRDEN."**

„Sie fragt: Wie können wir Leben verbessern und Emissionen reduzieren? Und sie vermeidet ideologische Scheuklappen, die meinen, der Wirtschaft müsse es gut gehen, Löhne müssten niedrig sein und jeder Job sei besser als keiner. Sie fordert ein menschenwürdiges Leben, das selbstbestimmt und unabhängig von wirtschaftlichen Krisen allen gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht.“ (Die Armutskonferenz u. a. 2021, 7)

In diesem Positionspapier werden einige Schlaglichter einer klimasozialen Politik dargestellt, welche die Aufhebung von der Armut und ein gutes Leben für alle innerhalb planetarer Grenzen möglich macht. Klimasoziale Maßnahmen sollten fortwährend die ungleiche Betroffenheit von den Folgen der Klimakrise adressieren, sowohl zwischen dem sogenannten „Globalen Norden“ und dem „Globalen Süden“ als auch zwischen den Klassen und Klassenfraktionen innerhalb einzelner Staaten. Sie sollten darüber hinaus die politischen Prozesse grundlegend überwinden, die dem zerstörerischen Streben der Wirtschaft nach permanentem Wachstum und der Ausbeutung von Mensch und Natur dienen (Brand und Wissen 2017). Mit dieser Perspektive wird die Bekämpfung der Klimakrise und ihrer Auswirkungen zu einem wichtigen Moment in der Überwindung kapitalistischer Herrschaft (ebd.), die auch das Ende von Armut und Ausbeutung bedeutet.

Abseits der Überwindung von Armut kann der effiziente Aufbau klimasozialer Infrastrukturen dazu beitragen, die ungleiche Verteilung der negativen Folgen der Klimakrise zu mildern. Der Fokus klimasozialer Maßnahmen liegt nicht in der Kritik an individuellen klimaschädigenden Entscheidungen, sondern im Schaffen struktureller Rahmenbedingungen für ein gutes, klimagerechtes Leben. Damit auch jene, die besonders von klimasozialer Politik profitieren, künftig Zeit und Ressourcen für politische Beteiligungsprozesse haben, braucht es neben den demokratischen Strukturen auch eine finanzielle Absicherung. Denn:

„Einkommen und Vermögen beeinflussen neben der Möglichkeit, klimafreundlich zu leben, auch die Möglichkeit, klimafreundliche Strukturen zu gestalten [...]“ (Aigner, Görg, u. a. 2023, 5).







„Wir haben keinen Balkon, auf den wir ausweichen können. Wenn ich koche, heizt sich die Wohnküche noch mehr auf. Die Wohnung ist eigentlich zu klein und zu eng und dadurch auch zu heiß, aber wir können uns gerade nichts Größeres leisten.“

## WOHNEN & WOHNUMGEBUNG



# WOHNEN & WOHNUMGEBUNG

## AUSGANGSLAGE

Die Klimakrise wird ein zunehmend wichtiger Aspekt beim Thema Wohnen und wirft vor allem die Frage nach angemessenem Wohnraum in der Zukunft auf. Schließlich werden sich lange Hitzeperioden häufen: bis 2050 wird mit einer Verdoppelung der Hitzetage gerechnet (APCC 2018, 17). Schlecht isolierte Wohnungen und Häuser ohne Kühlmöglichkeiten werden somit zu einem Risiko für Gesundheit und Wohlbefinden, speziell in urbanen und dicht bebauten Gegenden. Besonders betroffen davon sind sozio-ökonomisch benachteiligte Gruppen, da ihnen die Mittel für entsprechende Anpassungen des Wohnraums oder für einen Wohnungswechsel fehlen (Aigner, Lichtenberger, Brugger, u. a. 2023, 21f.; Aigner, Lichtenberger, Ranftler, u. a. 2023). Zudem wohnen in ärmeren Haushalten durchschnittlich mehr Menschen auf engerem bzw. überbelegtem Wohnraum (Statistik Austria 2024a, 52), was bei Hitze zusätzlich belastend wirkt, da sich die Wohnungen wegen der kleinen Größe bei einer hohen Anzahl an Bewohner\*innen schneller aufheizen (Allinger u. a. 2021). Auch die Erfahrungen aus der sozialen Arbeit der Volkshilfe im Zusammenhang mit Hitze und Wohnraum zeigen die Betroffenheit von armutsbetroffenen Haushalten deutlich auf:

„Wir haben keinen Balkon, auf den wir ausweichen können. Wenn ich koche, heizt sich die Wohnküche noch mehr auf. Die Wohnung ist eigentlich zu klein und zu eng und dadurch auch zu heiß, aber wir können uns gerade nichts Größeres leisten.“

(Zitat einer armutsbetroffenen Mutter)

„Unsere Ein-Zimmer-Wohnung ist im 5. Stock. Gerade ist es so heiß, dass wir in die Wohnung meiner Mutter fliehen müssen. Dort ist es besser. Abends kühlt es auch nicht ab, eine Klimaanlage kann sich unsere Familie nicht leisten.“

(Zitat einer armutsbetroffenen Mutter)

Auch ein Forschungsprojekt der Volkshilfe zu den Belastungen von Armutsbetroffenen durch die Klimakrise zeigt, dass negative Hitzefolgen meist durch die Wohnsituation entstehen (BMK 2024a). Das liegt daran, dass armutsbetroffene Menschen überwiegend zur Miete leben (Statistik Austria 2024a, 50) und damit keinen Einfluss auf den thermischen Standard der Wohnung haben. Sie sind der Hitze in ihrer Wohnung damit ausgeliefert, denn Kühlanlagen, Ventilatoren oder auch ein Umzug kommen aus finanziellen Gründen nicht infrage.

Der Klimawandel bringt nicht nur einen Anstieg der Temperaturen mit sich, sondern insgesamt ein verstärktes Auftreten von Extremwetterereignissen, die unter anderem zu Überschwemmungen führen können. Flutkatastrophen der vergangenen Jahre in Europa sowie in Österreich haben gezeigt, dass armutsbetroffene Haushalte hier besonders vulnerabel sind. Zunächst befinden sich in der Gruppe der Armutsgefährdeten eine Vielzahl an Menschen mit weiteren Vulnerabilitätsmerkmalen: Menschen mit Behinderungen, Kinder, ältere Personen, Menschen mit Migrations- und Fluchterfahrung, geringen deutschen Sprachkenntnissen, etc. Ihr Leben und ihre Gesundheit sind durch Extremwetter besonders gefährdet, da sie sich im Katastrophenfall entweder nicht selbst in Sicherheit bringen können oder wichtige Informationen nicht für sie zugänglich sind. Darüber hinaus sind die Wohnungen oder Häuser armutsbetroffener Haushalte häufiger in einem schlechteren Zustand, was sie anfälliger für Wetterschäden macht. Zusätzlich befinden sie sich öfter an einem Standort, der anfälliger für Extremwetterereignisse ist, weil dort Wohnraum meist günstiger ist (BMSGPK 2021, 20; zu Extremwetter-Ereignissen auch APCC 2018, 61).

„Wir wohnen etwas erhöht. Vor Jahren sind 20 Meter dieser Straße den Hang hinunter gerutscht wegen dem vielen Regen. Jetzt wiederholt sich das.“

(Zitat einer armutsbetroffenen Mutter)

Auch für die Behebung baulicher Folgeschäden von Extremwetterereignissen im eigenen Wohnraum fehlen armutsbetroffenen Haushalten häufig die finanziellen Mittel. Insbesondere Menschen, die im ländlichen Raum in Häusern leben, sind hier betroffen. Unterstützungen aus Katastrophenfonds reichen oft nicht aus, um die vollen Kosten der Schäden zu decken oder können nicht in Anspruch genommen werden, da die Betroffenen dafür viel Geld auslegen müssen, das oft nicht vorhanden ist. Egal ob hinsichtlich Hochwasser oder Hitzebelastung, die Notwendigkeit für Unterstützungsleistungen in Vorkasse zu gehen, ist insbesondere für armutsbetroffene Haushalte eine Hürde, Hilfsangebote und Förderungen in Anspruch zu nehmen. Da kein Rechtsanspruch auf die finanzielle Hilfe besteht, ist es den Betroffenen häufig zu riskant, Unterstützungen zu beantragen und Sanierungsarbeiten vorzunehmen, wie beispielsweise eine armutsbetroffene Mutter im Gespräch mit der Volkshilfe schildert.

Die in Kärnten lebende Familie war in den vergangenen Jahren immer wieder von Überschwemmungen betroffen, die zu erheblichen Schäden an ihrem Haus führten. Mittlerweile ist das Haus stark sanierungsbedürftig, doch die Kosten kann die alleinerziehende Mutter von drei Kindern nicht alleine bewältigen.

„Das ganze Haus ist nicht isoliert. Wir haben Holzfenster, die haben sich mit den Jahrzehnten verzogen. Und jetzt kann man da schon den Finger fast durchstecken. Ich weiß nicht, wo ich anfangen soll mit der Sanierung.“

(Zitat einer armutsbetroffenen Mutter)

Druch den Klimawandel entsteht die Notwendigkeit, Wohnraum zu garantieren, der sowohl vor Hitze als auch vor Kälte und anderen Extremwetterereignissen schützt (WHO 2018, 3) – und zwar für alle und nicht nur jene, die es sich leisten können. Die Forschungsergebnisse der Volkshilfe zeigen deutlich, dass diesbezüglich besonders für Armutsbetroffene und deren Wohnraum dringend Handlungsbedarf besteht (Allinger u. a. 2024).

Aber nicht nur der Wohnraum selbst kann diverse Belastungen und Herausforderungen verursachen, sondern auch die Wohnumgebung. Dies ist besonders häufig für sozioökonomisch benachteiligte Personen und Haushalte der Fall, da sie vermehrt in Gegenden mit wenig kühlendem Grünraum leben (BMSGPK 2021, 18f.). Lichtenberger und Ranftler (2022b) weisen darauf hin, dass Armutsbetroffenen nicht nur die finanziellen Mittel für wohnliche Anpassungen fehlen, um die Hitze zu bewältigen, sondern dass sie auch infrastrukturell benachteiligt sind. Ihre Wohnorte befinden sich häufig in dicht verbauten Gebieten, sogenannten Hitzeinseln mit hohem Verkehrsaufkommen und geringem Grünflächenanteil. Zudem fehlt es meist an kostenloser öffentlicher Infrastruktur, in der Menschen sich abkühlen können (vgl. Lichtenberger, Ranftler 2022b).

„Es gibt nicht viel Grünraum mit Bäumen oder Pflanzen in unserer Nachbarschaft. Dabei wäre es gut, frische Luft zu bekommen.“

(Zitat eines armutsbetroffenen Vaters, übersetzt aus dem Englischen)

„Wenn man draußen ist, ist kein Schatten da, das ist vor allem für die Kinder gefährlich. Man kann nicht mal auf einen Spielplatz gehen.“

(Zitat einer armutsbetroffenen Mutter)



## LÖSUNGSANSÄTZE

Für eine klima- und sozial gerechte Zukunft ist es notwendig, Wohnraum zu schaffen, der sowohl leistbar als auch ökologisch nachhaltig ist. Als positive Beispiele können hier das sozial-ökologisch nachhaltige Wohnhaus des Projekts Volkshilfe hafen\* sowie die neu entstehenden CO<sub>2</sub>-neutralen Gemeindebauten der Stadt Wien genannt werden (Wiener Wohnen 2024). Zusätzlich müssen thermische Sanierungen von bestehenden Gebäuden sowie der flächendeckende Heizungstausch weiter vorangetrieben werden. Um einen etwaigen daraus resultierenden Anstieg der Mieten zu verhindern, gilt es Mietpreise in allen Sektoren des Mietmarktes einzubremsen (vgl. dbzgl. das Policy Paper zum Thema Wohnen der Volkshilfe (2024)). Des Weiteren muss bereits vorhandener, nicht bewohnter Wohnraum für Mieter\*innen zur Verfügung gestellt werden, um Leerstände zu vermeiden. Dies reduziert auch die Notwendigkeit von Neubauten und die damit einhergehende Bodenversiegelung.

Um sich außerhalb der Wohnung abkühlen zu können, braucht es Zugang zu öffentlicher kostenloser Infrastruktur, wie Bademöglichkeiten, Wasserspielplätze, schattige Parks aber auch klimatisierte öffentliche Räume ohne Konsumzwang, wie Büchereien oder Nachbarschaftszentren. Um Wohnumgebungen zu kühlen und gesundheitliche Schäden durch Hitze-Wellen zu reduzieren, empfiehlt etwa das Austrian Panel on Climate Change (APCC) Hitzeinseln aktiv zu entschärfen, Begrünungen durchzuführen und Winddurchzugsschneisen zu wahren oder zu schaffen. Nächtliche Abkühlung zu begünstigen, Luftschadstoffe zu reduzieren sowie Lärmbelastungen zu vermindern, um damit nächtliches Durchlüften zu ermöglichen wird ebenso empfohlen (APCC 2018). Ein wichtiger Faktor in diesem Zusammenhang ist die Entsiegelung und Begrünung von Flächen. Dies wirkt nicht nur der Hitzebelastung entgegen, sondern ist auch ein effektives Mittel gegen Extremwetterereignisse wie Hochwasser, da unbebaute Flächen Wasser absorbieren und dadurch das Überschwemmungsrisiko reduzieren (WWF 2023).

Maßnahmen zur Entschärfung städtischer Hitzebelastung müssen jedenfalls priorisiert und zeitnah umgesetzt werden, um die Auswirkungen von Hitzewellen für vulnerable Gruppen möglichst abzufedern. Dabei ist jedoch dringend darauf zu achten, dass klimasoziale Investitionen und die Schaffung von klimagerechten Wohnvierteln nicht zu Mieterhöhungen und Gentrifizierung führen. Grundsätzlich kann Gentrifizierung entgegengewirkt werden, indem alle Viertel einer Stadt oder Gemeinde klimafit gemacht werden und nicht nur einige wenige (Staller u. a. 2022, 63). Gegebenenfalls muss mithilfe von Mietpreisregulierungen Abhilfe geschaffen werden, um zu verhindern, dass Wohnen in grünen Vierteln zu einem Luxusgut wird.

## FORDERUNGEN DER VOLKSHILFE

- Schaffung von klimafitem und zugleich leistbarem Wohnraum mit ökologisch höchsten Standards, insbesondere durch die Schaffung von öffentlichen Wohneinheiten. Zusätzlich eine effektive Leerstandsabgabe, um mehr Wohnraum zur Verfügung zu stellen, ohne dabei neue Flächen zu versiegeln.
- Verstärkte Einbeziehung von vulnerablen Gruppen bei der Ausarbeitung von Katastrophenschutzplänen.
- Klimagerechte Wohnumgebungen: Schaffung von mehr konsumfreien (Innen-)Räumen, die als Rückzugsort gegen Hitze dienen (bspw. gekühlte Räume, Grünflächen, Abkühlmöglichkeiten mit Wasser) sowie Entsiegelung von Flächen gegen Hitze und Hochwasser
- Sanierungs- und Heizungstauschverpflichtung insbesondere für gewerbsmäßige Vermieter\*innen – unterstützt durch sozial gestaffelte Förderung
- Klimaförderungen ohne "Vorkasse" für Armutsbetroffene, z.B. für Außenjalousien







“Manchmal bin ich im Dilemma, ob man die Heizung mehr aufdrehen soll, damit es wärmer ist, aber gleichzeitig habe ich immer im Hinterkopf, ob die Rechnung dann bezahlt werden kann.”

ENERGIE

# ENERGIE

## AUSGANGSLAGE

Ein wichtiger Faktor im Kampf gegen die Klimakrise und zur Erreichung des von der Bundesregierung gesteckten Ziels der Klimaneutralität bis 2040 ist die Reduktion des Energieverbrauchs (WWF 2022). Auch private Haushalte werden regelmäßig dazu aufgefordert, Energie zu sparen. Die Empfehlungen der Politik reichen vom Deckel auf den Kochtopf über Gerätetausch bis hin zur thermischen und energetischen Sanierung von Wohnraum. Während diese Energiespartipps für die gesellschaftliche Mitte Relevanz haben, sind sie blind für die Lebensrealitäten von armutsbetroffenen Haushalten. Die Praxis der Sozialen Arbeit der Volkshilfe zeigt: Unsere Klient\*innen versuchen sehr oft schon aus Kostengründen Energie zu sparen. Laut der jüngsten Umfrage der Volkshilfe unter 100 armutsbetroffenen Familien geben 93% der Befragten an, in ihrem Alltag bei Energiekosten zu sparen (BMK 2024a). Verschiedenste Strategien kommen zur Anwendung, um die Kosten für Strom und Heizung möglichst gering zu halten, wie dieser Vater berichtet:

„Wenn die Frau kocht, schalten wir die Heizung aus, weil dann brauchen wir sie nicht. Generell heizen wir nur in der Nacht. Die kleinen Töchter gehen gemeinsam duschen, weil sie sonst mehr Wasser brauchen.“

(Zitat eines armutsbetroffenen Vaters)

Dass trotz der sparsamen Verwendung von Energie die Energiekosten am Ende des Monats hoch sind, sorgt bei vielen Familien für Unverständnis und Frustration, wie diese Befragte schildert:

„Ich war überrascht, warum wir so eine große Energierechnung bekommen haben, weil ich immer spare. Ich schalte die Waschmaschine nur ein oder zweimal pro Woche ein und das bei vier Kindern.“

(Zitat einer armutsbetroffenen Mutter)

Gerade für einkommensarme Haushalte sind hohe Energiekosten eine große Belastung. 9% der armutsgefährdeten Personen<sup>1</sup> leben in Haushalten, die es sich nicht leisten können, den Wohnraum angemessen warm zu halten (Statistik Austria 2024a, 127) und sind somit von Energiearmut betroffen. Wie bereits im vorangegangenen Kapitel thematisiert wurde, fehlt für Sanierungen und Heizungstausch oder auch einen Umzug das Geld. Außerdem gibt es keine Verpflichtungen für Vermieter\*innen, die entsprechenden Investitionen zu tätigen. Ebenso ist der Tausch von alten, ineffizienten Elektrogeräten für die Betroffenen oft nicht leistbar. Das hat zur Konsequenz, dass armutsbetroffene Gruppen überproportional häufig in unsanierten gemieteten Wohnräumen mit schlechter Isolation und Gas, Öl oder Elektroheizung leben, ohne die Möglichkeit, an diesem Umstand etwas zu ändern (vgl. Aigner u. a. 2023). Zur Folge hat das nicht nur erhöhte Energiekosten, sondern ein schlechtes Raumklima und Lärmbelastungen, welche zu verschiedenen Krankheitsbildern beitragen, wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Atemprobleme, Erkrankungen des Nervensystems oder psycho-sozialen Problemen (ebd).

„Manchmal bin ich im Dilemma, ob man die Heizung mehr aufdrehen soll, damit es wärmer ist, aber gleichzeitig habe ich immer im Hinterkopf, ob die Rechnung dann bezahlt werden kann.“

(Zitat einer armutsbetroffenen Mutter)

Soziale Klimaschutzmaßnahmen müssen dringend die Realitäten und Grundbedürfnisse dieser Haushalte berücksichtigen.

<sup>1</sup> Dieser Anteil liegt in der Gesamtbevölkerung bei 4% (Statistik Austria 2024a, 127).

## LÖSUNGSANSÄTZE

Für vulnerable und armutsbetroffene Haushalte gilt es kurzfristig die Leistbarkeit eines Grundbedarfs an Energie zu garantieren. Mittel- bis langfristig muss das Ziel sein, allen Haushalten den Zugang zu erneuerbaren Energien, thermisch gedämmten Wohnräumen sowie energieeffizienten Heizsystemen zu ermöglichen. Genau wie beim Thema Wohnen gilt es auch im Zusammenhang mit dem Thema Energie durch Mietpreisregulierungen sicherzustellen, dass Klimainvestitionen nicht zu einer Verteuerung der Mieten und zu Gentrifizierung führen. Damit Energie grundsätzlich für alle Bevölkerungsgruppen leistbar ist, braucht es eine Energiesicherung (vgl. bspw. Attac n.v.). Die Idee dahinter ist folgende: alle Haushalte bekommen ein Grundkontingent an Energie kostenlos oder zumindest zu einem vergünstigten, leistbaren Preis zur Verfügung gestellt. Jeglicher Verbrauch darüber hinaus wird progressiv bepreist. Dadurch wird die Leistbarkeit für alle gesichert und gleichzeitig entstehen Anreize zum Energiesparen. Ein wichtiger ergänzender Baustein hinsichtlich kurzfristiger Maßnahmen sind soziale Energieberatungen. Dabei erhalten energiearme Personen und Haushalte Energieberater\*innen zur Seite gestellt, die einerseits bei Fragen zu Energieverträgen, -rechnungen und -anbietern unterstützen und andererseits Energiesparberatung durchführen sowie gegebenenfalls den (kostenlosen) Austausch von energieineffizienten Haushaltsgeräten veranlassen. Solche Angebote werden beispielsweise bereits von der Wohndrehscheibe der Volkshilfe Wien in Zusammenarbeit mit der Caritas<sup>2</sup> umgesetzt oder als zeitlich begrenztes Projekt in Linz von der Volkshilfe Oberösterreich angeboten (Volkshilfe Oberösterreich 2023; Volkshilfe Wien n.v.).

Hinsichtlich der mittel- bis langfristigen Maßnahmen ist zunächst die thermische Sanierung von Gebäuden und der Heizungstausch zu nennen. In Österreichs Haushalten entfallen 70% der gesamten verbrauchten Energie auf die Raumwärme (Statistik Austria 2023). Um wie von der österreichischen Bundesregierung vorgesehen bis 2040 klimaneutral zu werden, muss die Sanierungsrate zeitnah von derzeit 1,5% auf 2,8% steigen (IIBW und Umweltbundesamt 2023). Bei Sanierungsarbeiten und Heizungstausch dürfen aber die 44% der in Österreich zur Miete lebenden Haushalte nicht unberücksichtigt bleiben (Statistik Austria 2024, 23) - vor allem jener Anteil, der armutsgefährdet ist<sup>3</sup>. Deshalb braucht es Sanierungs- und Heizungstauschverpflichtungen für (zumindest gewerbsmäßige) Vermieter\*innen (unterstützt durch Förderungen) bzw. Mietreduktionen, wenn Wohnungen den definierten thermischen Standards nicht entsprechen. Des Weiteren sind Investitionen in erneuerbaren Strom notwendig. Einerseits, um die Klimaziele zu erreichen, andererseits um unabhängiger vom internationalen Energiemarkt und den dort durch das Merit-Order-System diktierten Preisen zu werden. Dafür braucht es mehr Anreize für die Errichtung von PV-Anlagen, damit Vermieter\*innen, Genossenschaften und Gemeinden dafür sorgen, dass auch Mieter\*innen ihren Strom aus den gebäudeeigenen Anlagen beziehen können und dadurch insgesamt weniger für den Strom sowie für Netzentgelte bezahlen. Damit einhergehend sind solidarische Energiegemeinschaften zu fördern. Durch diese können armutsbetroffene Haushalte Zugang zu leistbarem grünem Strom erhalten, auch wenn sie selbst über keine PV-Anlage verfügen (Österreichische Koordinationsstelle für Energiegemeinschaften 2023).

## FORDERUNGEN DER VOLKSHILFE

- **Energiesicherung**, die Leistbarkeit für alle mit Energiesparanreizen kombiniert
- Verpflichtung zumindest von gewerbemäßigen Vermieter\*innen zu **thermischen Sanierungen und Heizungstausch**, gestützt durch sozial gestaffelte Förderungen
- **Förderungen und Anreize** für die Installation von PV-Anlagen, besonders für Vermieter\*innen, Genossenschaften und Gemeinden
- Förderung solidarischer **Energiegemeinschaften**
- **Leistbarkeit von Mieten** trotz Sanierungen, Heizungstausch und PV-Anlagen sicherstellen durch Mietpreisregulierungen

<sup>2</sup> Gefördert und finanziert durch die Bundesregierung (Volkshilfe Wien n.v.)

<sup>3</sup> 68% der armutsgefährdeten Personen in Österreich leben zur Miete (Statistik Austria 2024a, 50).





„Die Buszeiten sind so unregelmäßig, das lässt sich nicht mit meinem Alltag vereinbaren. Der Bus fährt so selten, dass ich sehr viel Zeit verliere. Meine Eltern wohnen in einem anderen Ort, wo gar kein Bus oder Zug hinfährt.“

## MOBILITÄT & ÖFFENTLICHE INFRASTRUKTUR



# MOBILITÄT & ÖFFENTLICHE INFRASTRUKTUR

## AUSGANGSLAGE

Mobilität bedeutet soziale Teilhabe. Sie ermöglicht Einkaufen, Arbeiten, Bildung, Gesundheit und Freizeit. Mobilität sollte für alle möglich und leistbar sein - auch für Armutsbetroffene, ältere Menschen, Menschen mit Behinderung, Kinder und Jugendliche. Deswegen gilt es dafür zu sorgen, Mobilität klimaverträglich und zugleich für alle zugänglich und leistbar zu gestalten. In Österreich gibt es trotz eines im europäischen Vergleich gut ausgebauten Bahnnetzes und einem breiten Angebot an öffentlichem Verkehr in den größeren Städten noch Verbesserungspotenzial, insbesondere im ländlichen Raum. Das spiegelt sich in der CO<sub>2</sub>-Bilanz wider: fast ein Drittel der Treibhausgasemissionen in Österreich sind dem Verkehrssektor zuzurechnen (Umweltbundesamt 2024a, 85).

Ein besonders großer Teil der Emissionen im Verkehrssektor ist auf motorisierten Individualverkehr zurückzuführen, insbesondere auf PKWs. Der Großteil (68 %) der Kilometer im Personenverkehr wird nämlich mit dem Auto zurückgelegt (Umweltbundesamt 2024a, 151f.) Diese Tatsache ist unter anderem strukturell bedingt: Aufgrund autozentrierter Raumplanung<sup>4</sup> in den letzten Jahrzehnten - Stichwort Zersiedelung - sind Menschen heute in großen Teilen Österreichs auf ihr Auto angewiesen (vgl. bspw. APCC 2023, 529f.). Ortskerne sterben aus, weil Einkaufszentren am Ortsrand gebaut werden. Menschen am Land sehen sich dazu gedrängt Autos zu besitzen, um einkaufen zu gehen, zum Arzt oder der Ärztin zu fahren, Freund\*innen zu treffen und in die Arbeit zu kommen. Gute öffentliche Anbindungen gibt es häufig nicht und wegen der groß angelegten Infrastruktur für den Autoverkehr ziehen immer mehr Menschen in abgelegene Gebiete - ein Teufelskreis, der Zersiedelung und damit einhergehende Flächenversiegelung vorantreibt. Dabei liegt Österreich ohnehin bereits im Spitzenfeld der Länder mit der stärksten Flächenversiegelung. Die Vernichtung von Grünflächen führt zum Verlust von für uns Menschen lebensnotwendigen Funktionen von Böden, wie etwa CO<sub>2</sub>-Speicherung, Artenvielfalt, (kühlende) Erholungsräume, Hochwasserschutz und Anbauflächen (WWF 2023).

„Da wo es wirklich bebaut ist, heizt es sich unglaublich auf, weil sich die Hitze sammelt und nicht aus kann. Ich habe nichts davon, in den Wienerwald oder ins Grüne zu fahren, weil mit der Beeinträchtigung kann ich nicht so einfach schnell in den Außenbereich der Stadt fahren.“

(Zitat einer armutsbetroffenen Mutter)

Diese Priorisierung des Individualverkehrs und die dafür errichtete Infrastruktur, beispielsweise der flächendeckende Ausbau von Straßen für den vorwiegend individuellen Verkehr anstelle der Förderung des öffentlichen Verkehrs, begünstigen umweltschädliche Fortbewegungsarten für Jahrzehnte. Diese Trägheit, die durch große, auf fossilen Brennstoffen basierende Energiesysteme erzeugt wird und Bemühungen zur Einführung erneuerbarer Energietechnologien hemmt, wird als Carbon-Lock-In-Effekt bezeichnet (Unruh 2020).

Der Ausbau von Straßen und Infrastruktur für den Individualverkehr ist aber nicht nur aus klimatechnischer Sicht problematisch, sondern auch aus sozialer, da dieses Verkehrssystem bestimmte Gruppen ausschließt. Beispielsweise Menschen, die aus verschiedensten Gründen keinen Führerschein besitzen oder erwerben können oder armutsbetroffene Personen, die sich die Anschaffung und/oder den Betrieb und die Erhaltung eines Autos nicht leisten können. Diese Gruppen werden bei Investitionen in den motorisierten Individualverkehr von effizienter oder leistbarer Mobilität ausgeschlossen (Diehl 2022).

<sup>4</sup> Der hohe Anteil motorisierten Individualverkehrs spiegelt sich unter anderem auch darin wieder, dass Österreich eines der dichtesten Straßennetze in Europa aufweist (VCO n.v.).

Dies wirkt sich wiederum negativ auf die gesellschaftliche Teilhabe von Armutsbetroffenen aus und führt zu sozialer Isolation.

„Die Buszeiten sind so unregelmäßig, das lässt sich nicht mit meinem Alltag vereinbaren. Der Bus fährt so selten, dass ich sehr viel Zeit verliere. Meine Eltern wohnen in einem anderen Ort, wo gar kein Bus oder Zug hinfährt.“

(Zitat einer armutsbetroffenen Mutter)

## ARMUTSBETROFFENE HAUSHALTE WERDEN IM AKTUELLEN VERKEHRSSYSTEM BENACHTEILIGT. ZUGLEICH HAT AUSGERECHNET DIESE GRUPPE (GEZWUNGENERMASSEN) SEHR GERINGE EMISSIONEN IM BEREICH DER MOBILITÄT.

Denn insbesondere für Freizeitmobilität, beispielsweise für Urlaubsreisen, reicht das Geld nicht aus. 87% der Befragten armutsbetroffenen Haushalte in einem Forschungsprojekt der Volkshilfe zu den Auswirkungen der Klimakrise für Armutsbetroffene, sind beispielsweise noch nie oder in den letzten 5 Jahren nicht mit dem Flugzeug geflogen (BMK 2024a). Um also einerseits das Klima zu schützen und andererseits Mobilität allen zugänglich zu machen, ist eine Verkehrswende dringend notwendig.

„Momentan ist der Diesel sehr teuer, daher benutze ich das Auto nur, wenn die drei Kinder dabei sind. Wenn ich alleine bin, benutze ich das Fahrrad.“

(Zitat einer armutsbetroffenen Mutter)

## LÖSUNGSANSÄTZE

Um eine klimafreundliche Mobilität für alle zu gewährleisten, braucht es ein Zurückdrängen des motorisierten Individualverkehrs in Kombination mit einem großflächigen Ausbau und der Attraktivierung unterschiedlicher, klimafreundlicher Mobilitätsformen. Dazu zählen Investitionen in den öffentlichen Verkehr, Förderung von Fahrgemeinschaften und Sharing-Angeboten sowie eine verbesserte Rad- und Fußverkehr-Infrastruktur. Mobilität bedeutet dabei nicht nur, von A nach B mit nur einem Verkehrsmittel zu gelangen, sondern unterschiedliche Mobilitätsformen geschickt miteinander zu verknüpfen. Sogenannte Mobilitätshubs können für eine nahtlose Verknüpfung verschiedener Verkehrsmittel sorgen, wie Carsharing-Angebote, Mitfahrgelegenheiten, Bahnhöfe, Bike-Sharing, Sammeltaxis und Haltestellen des ÖPNV (öffentlicher Personennahverkehr) (vgl. bspw. UITP 2023).

Neben einer Verkehrswende benötigt es eine zukunftsweisende Raumplanung, die Zersiedelung eindämmt und Bodenversiegelung minimiert. Dazu gehört auch die Entsiegelung von Parkflächen und Straßen. Somit sind vermeintliche ökologische Lösungen für den Verkehrssektor wie die Förderung von E-Autos nur bedingt nachhaltig: denn einerseits befördern sie den Ausbau von ressourcenintensiver und bodenversiegelnder Infrastruktur, andererseits werden damit weiterhin einkommensarme Gruppen benachteiligt und ausgeschlossen<sup>5</sup>. E-Autos können deshalb nur eine Ergänzung zu einem dicht ausgebauten ÖPNV- sowie Rad- und Fußverkehrsnetz sein. Das Ziel müssen Städte, Regionen und Gemeinden mit kurzen Wegen (in die Arbeit, zum Einkaufen, in die Schule, in grüne Erholungsräume, etc.) sein, die möglichst ohne Auto zurückgelegt werden können (Brenner 2021, 170).

Wichtig ist, dass Mobilität als Grundbedürfnis leistbar ist. Das österreichweite Klimaticket ist prinzipiell ein guter Schritt, um den öffentlichen Verkehr attraktiver und unkomplizierter zu gestalten.

<sup>5</sup> Abgesehen davon, dass E-Autos ganz generell eine fragwürdige sozial-ökologische Bilanz aufweisen, da sie viele Ressourcen benötigen, die teilweise unter fragwürdigen Umständen vor allem in Afrika und Lateinamerika abgebaut werden und dabei zur Verfestigung der globalen Ungleichheit beitragen (vgl. bspw. Prause/Dietz 2020)



Um dieses jedoch auch Haushalten mit geringem Einkommen zu ermöglichen, müsste es für einkommensarme und armutsbetroffene Gruppen deutlich günstiger werden, bspw. durch einen Sozialtarif oder sogar einen kostenlosen Zugang zum öffentlichen Verkehr. Das würde für viele Menschen neue Bildungs- und Arbeitsoptionen erschließen sowie kurze Ausflüge und Besuche im sozialen Umfeld ermöglichen und damit Teilhabechancen verbessern.

Wenn der öffentliche Verkehr leistbarer und nicht deutlich langsamer ist als das Auto, werden auch viele Autofahrer\*innen den ÖPNV wieder als echte Alternative wahrnehmen, wie das 9-Euro-Ticket in Deutschland veranschaulicht. Die regelmäßige Nutzung des ÖPNV stieg von 29% vor dem 9-Euro-Ticket auf 38% während und 32% nach dem 9-Euro-Ticket, wobei rund 20% der 9-Euro-Ticket-Kunden zumindest einige Fahrten des Individualverkehrs durch den ÖPNV während des 9-Euro-Tickets ersetzen.

Es zeigt sich also eine deutliche Verkehrsverschiebung durch das 9€ Ticket, jedoch müssen weitere Maßnahmen wie etwa der Ausbau der Infrastruktur des ÖPNV getroffen werden, um eine Mobilitätswende zu erreichen (Loder u. a. 2024). Durch partizipative Formate können Mobilitätslösungen für ganze Nachbarschaften oder gar Städte erschlossen werden. Das Miteinander der Nutzer\*innen der Mobilität in die Ausarbeitung von Lösungsansätzen bringt eine einzigartige Perspektive und öffnet die Möglichkeit sozialer Innovationen im Bereich Mobilität (Wagner und Haindlmaier 2017).

Ein wichtiger Faktor für eine inklusive und ökologische Mobilität von morgen, stellt die Infrastruktur dar. In diesem Zusammenhang ist die Schaffung von klimafitten Wohngebieten nach dem Modell der „Stadt und Region der kurzen Wege“ (Brenner-Skazedonig und Mosshammer 2023) als zentrale Maßnahme zu nennen. Dadurch werden grundlegende Voraussetzungen für das Anheben des ÖPNV-, Rad- und Fußverkehrsanteils geschaffen. Zugleich kann eine qualitativ hochwertige sozial-ökologische Infrastruktur maßgeblich zu sozialer Sicherheit, Lebensqualität und einem kindgerechten Aufwachsen beitragen. Beispielsweise indem sie die Entstehung einer unterstützenden Community begünstigt. Dies wiederum ist eine wichtige Ressource, um Einsamkeit oder Hitzestress entgegenzuwirken (Klinenberg 2002). Zusätzlich wird eine aktive Nachbar\*innenschaft durch ein gut ausgebautes Wohnumfeld mit lebendiger Infrastruktur unterstützt, was wiederum dem Aussterben von Ortszentren entgegenwirkt und das Interesse an politischer Beteiligung der Bevölkerung fördern kann.

## FORDERUNGEN DER VOLKSHILFE

- Ausbau eines flächendeckenden öffentlichen Verkehrsnetzes
- Gratis Öffi-Ticket für Armutsbetroffene
- Ausbau der Infrastruktur für Rad- und Fußverkehr - sowohl am Land als auch in der Stadt
- Eine Verkehrs- und Raumplanung, die ÖPNV sowie Rad- und Fußverkehr Vorrang gegenüber dem motorisierten Individualverkehr gibt und dabei Flächen entsiegelt
- Die Stadt und Region der kurzen Wege als zentrales Ziel von verkehrs- und raumplanerischen Maßnahmen und Projekten, die auch die Diversität der Gesellschaft und die unterschiedlichen Bedürfnisse mitdenkt







“An heißen Tagen ist die Haut von pflegebedürftigen, bettlägerigen Menschen durch das viele Schwitzen anfälliger für die Gefahr des Wundliegens. Damit wir das verhindern können, brauchen wir mehr Zeit für die Klient\*innen.”

PFLEGE



# PFLEGE

## AUSGANGSLAGE

Jede\*r wird im Laufe des Lebens mit den Themen Sorge, Pflege und Betreuung konfrontiert – sei es als An- und Zugehörige\*r, Freund\*in, Arbeitskolleg\*in, in einem Pflegeberuf oder als Betroffene\*r.<sup>6</sup> Die COVID-19-Pandemie hat gezeigt, dass Pflege und Betreuung zentral für die Gesellschaft und das Wohlbefinden derjenigen sind, die gesundheitliche Unterstützung benötigen oder An- und Zugehörige von Personen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf sind. In Österreich werden ca. 80% aller Menschen mit Pflegebedarf zu Hause durch Angehörige gepflegt (österreich.gv.at n.v.). Zu einem Großteil sind es Frauen, die diese wichtige Aufgabe übernehmen und dafür die eigene Erwerbstätigkeit reduzieren oder ganz aufgeben müssen. Auch Mitarbeitende in Pflege- und Betreuungsberufen sind größtenteils weiblich und haben oft eine Migrationsbiografie. Die Arbeit in Pflege- und Betreuungsberufen geht in vielen Fällen mit körperlichen und mentalen Belastungen einher, die überdurchschnittlich oft zu Burnout führen (Woo u. a. 2020). Insgesamt muss die Attraktivität des Pflegeberufs gesteigert werden (Hinterbuchner u. a. 2021), insbesondere vor dem Hintergrund demografischer und wirtschaftlicher Entwicklungen: eine alternde Gesellschaft führt zu einem erhöhten Pflege- und Betreuungsbedarf, während viele Menschen es sich nicht oder nur sehr schwer leisten können, ihre Erwerbstätigkeit - und damit ihr Einkommen - zu reduzieren, um eine\*n Angehörige\*n zu pflegen.

Die Auswirkungen der Klimakrise auf häusliche und stationäre Pflege und Betreuung werden in politischen Debatten, sozialen Bewegungen und der medialen Öffentlichkeit bisher kaum thematisiert.

## HÖHERE TEMPERATUREN, EXTREME WETTERBEDINGUNGEN UND EINE VERSCHLECHTERTE LUFTQUALITÄT BEDEUTEN FÜR ÄLTERE MENSCHEN ERHEBLICHE KREISLAUFBELASTUNGEN UND KÖNNEN SOGAR ZUM HITZETOD FÜHREN (CARNES U.A. 2014; APCC 2018).

Gleichzeitig erhöht die Hitze den Pflegebedarf weiter, da ältere und pflegebedürftige Menschen intensivere Unterstützung benötigen, etwa beim Hitzeschutz, der Körperpflege, der Abkühlung und insbesondere der Flüssigkeitsaufnahme. Zudem kann extreme Hitze die Wirksamkeit von Medikamenten beeinflussen und ihre sichere Verwahrung erschweren (McDermott-Levy und Fick 2020).

Volkshilfe-Mitarbeiter\*innen der mobilen Dienste erfahren die Belastungen ihrer Klient\*innen aus erster Hand. So berichtet eine Pflegefachkraft beispielsweise von einer ihrer Klientinnen, die im obersten Stockwerk eines Wohnhauses wohnt. In ihrer Wohnung ist es unerträglich heiß, doch sie kann sich aufgrund ihrer gesundheitlichen Situation kaum bewegen und ihre Wohnung nicht eigenständig verlassen. Rund um die Uhr ist sie den hohen Temperaturen in den eigenen vier Wänden ausgesetzt. Die Ausweglosigkeit der Situation erhöht die psychische Belastung enorm.

“An heißen Tagen ist die Haut von pflegebedürftigen, bettlägerigen Menschen durch das viele Schwitzen anfälliger für die Gefahr des Wundliegens. Damit wir das verhindern können, brauchen wir mehr Zeit für die Klient\*innen.”

(Zitat einer Mitarbeiterin der Volkshilfe in der mobilen Pflege und Betreuung)

<sup>6</sup> Dieses Kapitel basiert auf dem Text Aigner und Lichtenberger (2021): Pflege: Sorglos? Klimasoziale Antworten auf die Pflegekrise; in: Armutskonferenz u. a. (Hrsg.) Klimasoziale Politik: Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten. bahoe books, Wien. S. 175-183.

Auch die Arbeit des Pflegepersonals wird durch hohe Temperaturen erschwert, denn der Pflege- und Betreuungsbedarf steigt. Pflegenden und Betreuenden müssen etwa über zusätzliches Fachwissen verfügen, um entsprechend auf die durch die Hitze bedingten Problemlagen zu reagieren. In der Kommunikation mit An- und Zugehörigen übernimmt das Pflegepersonal oft eine beratende Rolle ein, die über rein pflegerisches Wissen hinausgeht. Zudem wird die körperlich anspruchsvolle Arbeit von Pflegepersonen durch die hohen Temperaturen noch anstrengender. Zusätzliche Belastungen können sich aus Schutzkleidung und weiteren Maßnahmen zum Infektionsschutz ergeben, wie sie etwa in der Corona-Pandemie erforderlich waren.

Die Klimakrise wird somit nicht nur zu einem Anstieg der notwendigen Pflege und Betreuung führen, um gesundheitliche Folgen für betroffene Gruppen abzumildern, sondern auch die Arbeitsbedingungen für Pflege- und Betreuungspersonal weiter verschärfen. Um den Pflegebedarf zu decken, werden aktuell Lösungen auf Kosten zukünftiger Generationen, marginalisierter Gruppen oder der Natur verfolgt: Pflegekräfte werden aus dem Ausland abgeworben, mobile Dienste legen noch mehr Kilometer mit ihrem PKW zurück, die Zeit, die pro gepflegter Person zur Verfügung steht, wird gekürzt. In häuslichen oder informellen Pflegekontexten kann es zu fehlendem Wissen oder unklaren Handlungsoptionen kommen, wenn professionelle Dienste nicht in Anspruch genommen werden (können).

## LÖSUNGSANSÄTZE

Pflegen und Betreuen sind intensive zwischenmenschliche Tätigkeiten, die je nach Bedarf unterschiedliche Formen der Arbeit und Organisation erfordern und die klimafreundlicher gestaltet werden könnten.

In Österreich ist der Gesundheitssektor für rund 7% der CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich. 83% davon werden von Krankenhäusern produziert (Lichtenecker u. a. 2024). Pflege und Betreuung können also grundsätzlich mit geringen Emissionen durchgeführt werden: In Deutschland entsprechen die Emissionen pro betreuter Person in der stationären Pflege in etwa denen einer Durchschnittsperson, diese könnten aber um bis zu 90% reduziert werden (AWO 2020). Ein Modellprojekt der Arbeiter\*innenwohlfahrt in Deutschland zeigt, dass etwa die Hälfte der Emissionen auf die Verpflegung entfällt, 20% auf Heizung und der Rest auf kleinere Bereiche wie Wäsche und Mobilität. Eine österreichweite Sanierungsoffensive könnte die Emissionen im Bereich der Heizung erheblich senken. Regionale, biologische und fleischlose Verpflegung kann die Emissionen zusätzlich reduzieren. Eine moderne Kochausbildung, die klimafreundliche Gourmet-Küche vermittelt, sowie die Sensibilisierung der Mitarbeitenden können ebenfalls einen Beitrag zur Emissionsreduktion leisten.

Auch im mobilen Bereich gibt es Potential zu einer klimafreundlicheren Gestaltung. Hier können aufgrund von Eigentumsverhältnissen, baulichen Voraussetzungen, physischen Gegebenheiten bzw. der finanziellen Situation zwar nur schwer bauliche Veränderungen vorgenommen werden, um Emissionen zu reduzieren. Doch beispielsweise lässt sich der Treibstoffverbrauch von Dienstwagen der mobilen Pflegedienste durch regelmäßige Wartung und Auf- bzw. Nachrüstung niedrig halten. Auch eine Umrüstung der Flotte auf E-Mobilität oder andere alternative Fortbewegungsmittel, je nach Möglichkeit, wäre relevant. Weitere Mobilitätskonzepte für die mobile Pflege und Betreuung müssen mit Unterstützung der Politik umgesetzt werden. Insgesamt sollte bei allen Maßnahmen stets das Wohl der Gepflegten und Pflegenden im Vordergrund stehen, nicht die bloße Einsparung von Emissionen.

Um der Hitze zu begegnen und besonders vulnerablen Gruppen Schutzräume zu bieten, fordern wir weiter die Einrichtung von Kühlhasen in öffentlichen Räumen wie Bibliotheken sowie Hilfsprogramme zur Bereitstellung von Ventilatoren und Kühlanlagen, wobei hier auf klimaschonende Modelle zu setzen ist. Ebenso sollten Grünflächen und schattige Plätze in städtischen Gebieten gefördert und beim Bau und Design von Wohngebäuden auf deren Altersgerechtigkeit, Barrierefreiheit und Hitzeresistenz geachtet werden.

## FORDERUNGEN DER VOLKSHILFE

- Österreichweite **Sanierungsinitiative bei Pflegeheimen** mit dem Ziel der Emissions-senkung, beispielsweise durch bessere Dämmung und/oder Heizungstausch sowie Förderung einer regionalen, biologischen und fleischlosen Verpflegung in Pflegeheimen.
- Stärkere finanzielle **Förderung alternativer Mobilitätskonzepte** für die mobile Pflege und Betreuung sowie Unterstützung für Maßnahmen zur Reduktion des Treibstoffverbrauchs.
- **Berücksichtigung von Altersgerechtigkeit, Barrierefreiheit und Hitzeresistenz** beim Bau und Design von Wohngebäuden und Grünflächen im städtischen Raum.
- Einrichtung von **Kühloasen in öffentlichen Räumen**, beispielsweise in Form von Bibliotheken, zum Schutz besonders vulnerabler Gruppen sowie Hilfsprogramme zur Bereitstellung von (möglichst klimaschonenden) Ventilatoren und Kühlanlagen während Hitzewellen.
- Unterstützung **nachbarschaftlicher Hilffsysteme und Ausbau sozialraumorientierter Sozialer Arbeit**, die bspw. im Fall von Extremwetterereignissen und/oder Hitzewellen Menschen mit Pflege- und/oder Betreuungsbedarf unterstützen.







“Ich arbeite in einem Grill-Restaurant und bin dort beim Kochen häufig hohen Temperaturen ausgesetzt. Heute waren es zum Beispiel 33 Grad Celsius und da wollte ich mich einfach nur mehr abkühlen.”

ARBEITSMARKT



# ARBEITSMARKT

## AUSGANGSLAGE

Die Klimakrise hat verschiedene Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und umgekehrt. Zunächst ist festzuhalten, dass bestimmte Berufsgruppen besonders von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen sind. Menschen, die im Freien arbeiten, wie beispielsweise in der Landwirtschaft oder am Bau, sind Wetterextremen besonders stark ausgesetzt. Häufig betrifft dies Jobs im Niedriglohnsektor, in denen ohnehin bereits erschwerte Arbeitsbedingungen herrschen. In Befragungen der Volkshilfe zu diesem Thema berichten Betroffene davon, dass sie während Hitzewellen an ihrem Arbeitsplatz stark belastet sind, wie dieser Vater einer armutsbetroffenen Familie.

“Ich arbeite in einem Grill-Restaurant und bin dort beim Kochen häufig hohen Temperaturen ausgesetzt. Heute waren es zum Beispiel 33 Grad Celsius und da wollte ich mich einfach nur mehr abkühlen.”

(Zitat eines armutsbetroffenen Vaters, übersetzt aus dem Englischen)

Insbesondere für prekär beschäftigte Personen, die gleichzeitig auch ein erhöhtes Armutsrisiko haben, ergeben sich dadurch besondere Belastungen aufgrund der Klimakrise. Die Folgen wirken sich dabei vor allem auf gesundheitlicher Ebene aus, beispielsweise dann, wenn Herz-Kreislauf-Probleme das Risiko von Arbeitsunfällen erhöhen (FORBA 2024, 40). Immer mehr Arbeitnehmer\*innen sind während Hitzeperioden belastet. In einer aktuellen Studie von FORBA geben 61% der Betriebsratsvorsitzenden an, dass die Beschäftigten ihrer Betriebe in den Sommermonaten immer stärker von Hitze betroffen sind (ebd., 87).

## ARBEIT IST ABER NICHT NUR VON DEN FOLGEN DER KLIMAKRISE BETROFFEN, SIE IST AUCH EINE ZENTRALE URSACHE FÜR DEREN ENTSTEHUNG, DENN DIE KAPITALISTISCHE ARBEITS- UND PRODUKTIONSWEISE TRÄGT MASSGEBLICH ZUR ZERSTÖRUNG VON UMWELT UND ÖKOSYSTEMEN BEI.

Die sogenannte “imperiale Lebensweise” der Industriestaaten ist ursächlich für die eingangs geschilderten sozial-ökologischen Krisen (Brand und Wissen 2017). Sie beruht auf der Ausbeutung von Ressourcen und Arbeitskräften des „Globalen Südens“, wodurch nicht nur die Natur zerstört, sondern auch koloniale und patriarchale Macht- und Ungleichheitsverhältnisse aufrechterhalten werden. Um mit einer sozial-ökologischen Transformation eine klimaneutrale, sozial gerechte und lebenswerte Zukunft für alle zu erreichen, muss die imperiale Lebensweise der Industriestaaten überwunden werden (ebd.). Dies kann allerdings nicht nur über die Veränderung individueller Lebens- und Konsumweisen erfolgen, sondern muss durch die Entwicklung alternativer und veränderter Wirtschaftsweisen (siehe etwa Gottschlich, 2022) und klimafreundlicher Infrastrukturen passieren (APCC 2023).

Nicht alle Diskurse rund um eine ökologische Veränderung der Arbeitswelt streben die Überwindung ausbeuterischer und patriarchaler Verhältnisse an. Zahlreiche Debatten dazu werden von der Idee der Schaffung eines dauerhaften, nachhaltigen Wirtschaftswachstums dominiert (United Nations 2015). Erreicht werden soll dies in erster Linie durch technologischen Fortschritt wie beispielsweise durch verstärkten Einsatz regenerativer Energieträger, Geo-Engineering, E-Mobilität und “Green Jobs”.

Letztgenannte werden vor allem in männlich dominierten Arbeitsbereichen entwickelt, während die Arbeitsbedingungen und die Entlohnung in frauendominierten Bereichen weiterhin prekär bleiben (Littig 2023).

Weibliche Lebensrealitäten und zunehmend auch die Erwerbsbiographien jüngerer Generationen finden darin keine Berücksichtigung und werden somit systematisch vom Fortschritt ausgeschlossen. Insgesamt handelt es sich dabei um ein auf Wachstum ausgerichtetes, gewinnorientiertes Modell, von dem vor allem Mittel- und Oberschichten profitieren.

Die ungleiche Bewertung von bezahlter und unbezahlter Arbeit kann als wichtiger Ausgangspunkt für ein Zusammendenken von Klimakrise, Geschlechtergerechtigkeit und sozialer Ungleichheit betrachtet werden. Fürsorge und Sorge als gesellschaftlich notwendige, wertvolle Arbeit wird gesellschaftlich nicht (ausreichend) anerkannt oder entlohnt, was eine strukturelle Ursache für Frauenarmut ist. In Ansätzen für eine nachhaltige und geschlechtergerechte Zukunft der Arbeit muss (unbezahlte) Care-Arbeit also mitbedacht werden.

## LÖSUNGSANSÄTZE

Für eine sozial-ökologische Transformation der Arbeit ist eine Umverteilung und Neubewertung von Arbeit zentral. Ansätze rund um den Begriff der “nachhaltigen Arbeit” fordern kürzere, flexible Normalarbeitszeiten bei vollem Lohnausgleich sowie einen stärkeren Fokus auf Kreislaufwirtschaft und eine ökologische Art der Produktion (Littig 2023). Basierend auf einer fairen Entlohnung in Kombination mit sozialstaatlichen existenzsichernden Transferleistungen kann nachhaltige Arbeit nicht nur gesundheitsfördernd, sondern auch sinnstiftend, ökologisch und sozial gerecht sein. Grundlegend für diese Art des sozialökologischen Wirtschaftens ist ein an Sorge orientierter, erweiterter Arbeitsbegriff (Chahrour 2023).

Dafür ist es wichtig, andere - nicht profit- oder wachstumsorientierte Maßstäbe heranzuziehen, mit denen gesellschaftlicher Nutzen und Wohlstand gemessen werden, etwa Gesundheit, Glücksempfinden und Nachhaltigkeit. Gesellschaftlich relevante und nachhaltige Arbeit orientiert sich dabei an der Sorge für Menschen, ihrem physischen und seelischen Wohlergehen und ihrer Bildung und sichert somit die Teilhabe aller Menschen in einer solidarischen und inklusiven Gesellschaft (Littig 2023). Auf Ebene des Wirtschaftssystems müssen soziale und ökologische Ausbeutung durch eine ressourcensensible Kreislaufwirtschaft ersetzt werden. Nicht zuletzt ist dabei eine Umverteilung von Vermögen und Ressourcen von oben nach unten maßgeblich, um existenzsichernde und gute Lebensbedingungen für alle zu schaffen.

## FORDERUNGEN VOLKSHILFE

- **Klimafittes Arbeitsrecht** mit der Verpflichtung, ab einer Temperatur von über 25°C geeignete Maßnahmen zu setzen
- **Dekarbonisierungsprojekte** in emissionsstarken Betrieben durch staatliche Interventionen und Förderungen sowie öffentliche Beteiligungen, damit Profite nicht nur den Wenigen zu Gute kommen
- Einführung einer **Jobgarantie für alle**, die sinnvolle Erwerbsarbeit für Klimaschutz und Nachhaltigkeit ermöglicht
- **Arbeitszeitverkürzung** bei vollem Lohnausgleich, Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Entlohnung im Niedriglohnsektor sowie Einführung eines besseren Arbeitsschutzes
- Sozialwirtschaft im Re-Use Sektor durch **Weiter- und Ausbildungsprogramme** für ökologisch nachhaltige und sinnstiftende Jobs stärken.





„Es ist schwierig, man soll sich gesund ernähren aber es ist sehr teuer. Man kann nicht Bio kaufen, weil es nicht leistbar ist. Sonst würde ich mehr Bio kaufen und mehr Obst und Gemüse, aber es ist alles so teuer.“

ERNÄHRUNG



# ERNÄHRUNG

## AUSGANGSLAGE

Die Art und Weise, wie wir uns ernähren, trägt maßgeblich zur Entstehung der sozial-ökologischen Krisen bei. Das globale Ernährungssystem ist etwa für ein Drittel der Treibhausgasemissionen weltweit verantwortlich (Crippa u. a. 2021). Besonders ins Gewicht fallen die Produktion und der Konsum von Fleisch sowie Lebensmittelabfälle (Schermer und Forster 2019). Das aktuelle Nahrungsregime beutet nicht nur die Umwelt aus, sondern auch Menschen. Sinnbildlich dafür ist die Gruppe der Erntehelfer\*innen auf Österreichs Feldern (Müller-Wipperfurth 2020) oder auch Menschen, die beispielsweise in der plattformbasierten Essenzustellung, in der Gastronomie, dem Lebensmittelhandel oder anderweitig in der Landwirtschaft tätig sind. Sie alle sind von besonders schlechten Arbeitsbedingungen und geringen Löhnen betroffen (Plank u. a. 2021, 145).

Da kein Grundrecht auf Nahrung besteht, sondern Lebensmittel als Ware gehandelt werden, zeigt sich soziale Ungleichheit beim Thema Ernährung. Hier geht es nicht nur um die mangelnde Leistbarkeit von Lebensmitteln, insbesondere in Zeiten der Teuerung, sondern auch um deren Qualität. Ein fehlender Zugang zu einer ausgewogenen Ernährung mit qualitativ hochwertigen Lebensmitteln hat negative Auswirkungen auf die Gesundheit und ist mitverantwortlich für die gesundheitlichen Ungleichheiten in unserer Gesellschaft (ebd. 146).

Insbesondere für armutsbetroffene Haushalte stellen Lebensmittelkosten eine hohe Belastung dar, weil sie einen großen Teil ihres Haushaltseinkommens für die Deckung der Grundbedürfnisse ausgeben müssen. Insbesondere am Ende des Monats berichten Klient\*innen von Versorgungsengpässen (Lichtenberger und Ranftler 2022a). Bereits bestehende Ungleichheiten werden zusätzlich durch die extreme Teuerung verschärft (Fink u. a. 2022), weil gerade in den Bereichen Wohnen, Lebensmittel und Energie hohe Preissteigerungen zu verzeichnen waren. Auch zu den Merkmalen für soziale und materielle Deprivation zählt unter anderem die Möglichkeit, sich ausgewogen zu ernähren bzw. jeden zweiten Tag Fisch, Fleisch oder eine vergleichbare vegetarische Alternative zu konsumieren. Dies war im Jahr 2023 für 84.000 Kinder und Jugendliche und 331.000 erwachsene Personen nicht möglich (Statistik Austria 2024a, 44).

Umfragen der Volkshilfe unter armutsbetroffenen Familien unterstreichen, dass besonders der Lebensmittelkonsum durch die knappen finanziellen Mittel bestimmt ist: Für 95% der Befragten ist der Preis der ausschlaggebende Grund, warum sie ein Lebensmittel kaufen. Viele der Befragten äußern den Wunsch, beim Einkauf auch auf Aspekte wie Nachhaltigkeit oder Qualität zu achten, können dies aber aufgrund der finanziellen Situation nicht tun, wie diese Befragte schildert:

„Es ist schwierig, man soll sich gesund ernähren, aber es ist sehr teuer. Man kann nicht Bio kaufen, weil es nicht leistbar ist. Sonst würde ich mehr Bio kaufen und mehr Obst und Gemüse, aber es ist alles so teuer.“

(Zitat einer armutsbetroffenen Mutter)

Der häufig kostspielige ökologische Konsum steht Menschen, die von Armut betroffen sind, nicht zur Verfügung. Stattdessen muss jeder Lebensmitteleinkauf genau geplant werden, was aufwendig ist und viel Energie kostet. Das Thema Lebensmittelkonsum ruft oft negative Emotionen hervor, verursacht Stress und ist bei manchen der Befragten sogar angstbesetzt, was dazu führt, dass sie seltener einkaufen gehen. Ernährungsarmut wird in vielen der Schilderungen deutlich.

„Wenn ich einkaufen gehe, mach ich mir immer Sorgen, wie viel ich zahlen muss. Nur für paar Sachen zahle ich 40, 50 Euro. Ich habe manchmal Angst davor, einkaufen zu gehen. Manchmal sage ich okay, ich brauch gar nix und dann gehe ich nicht einkaufen.“

(Zitat einer armutsbetroffenen Mutter)

## LÖSUNGSANSÄTZE

Für eine klimasoziale Umgestaltung unseres Nahrungsregimes ist eine demokratische Kontrolle von Produktion, Verarbeitung und Konsum nötig (Plank u. a. 2021, 147). Ausgangspunkt dafür sollte es sein, Lebensmittel nicht nur als Ware, sondern als Menschenrecht zu sehen. Anstatt die Verantwortung für einen nachhaltigen Konsum lediglich auf Ebene der Konsument\*innen zu suchen, müssen die zu bewältigenden Aufgaben zwischen Landwirtschaft, Industrie, Handel, Bürger\*innen und staatlichen Behörden aufgeteilt werden.

Im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Ländern verfügt Österreich über keine nationale Ernährungsstrategie, in welcher Wege zu einer gesunden, umweltfreundlichen und fairen Lebensmittelversorgung dargestellt werden. Mit einer gemeinsamen Lebensmittelpolitik, die alle Akteur\*innen entlang der Produktionskette bündelt, kann sichergestellt werden, dass klimasoziale und gesunde Lebensmittel günstiger werden.

## BESONDERS FÜR ARMUTSGEFÄHRDETE HAUSHALTE IST ES VON BEDEUTUNG, DASS KONSUM NICHT NUR ÜBER DIE INDIVIDUELLE, SONDERN AUCH AUF STRUKTURELLER EBENE GESTALTET WIRD.

Die öffentliche Beschaffung ist daher ein weiterer wichtiger Ankerpunkt für klimasoziale Veränderungen (ebd. 149). Maßnahmen wie weniger bzw. hochwertigeres Fleisch an öffentlichen Einrichtungen, wie Kindergärten oder Schulen anzubieten, sollten verknüpft werden mit rechtlichen Regulierungen und Kontrollen im Handel. Um die Emissionen der Agrar- und Lebensmittelindustrie zu senken, braucht es rechtlich verbindliche Reduktionsziele und Steuererhöhungen für fossile Energieträger (ebd.).

## FORDERUNGEN DER VOLKSHILFE

- Sicherung sozialer und ökologischer Produktionsbedingungen von Lebensmitteln weltweit sowie Einführung verbindlicher Reduktionsziele im Bereich der Agrar- und Lebensmittelindustrie
- Förderung von regionalem, naturnahen Essen von Kleinbäuer\*innen in öffentlichen Einrichtungen und Kantinen von Kindergärten, Schulen und Hochschulen sowie Einhaltung des "Nationalen Aktionsplans zur Förderung einer nachhaltigen öffentlichen Beschaffung"
- Preisliche Vergünstigung von nachhaltigen und gesunden Lebensmitteln
- Vermeidung von Lebensmittelabfällen von Supermärkten
- Förderung von partizipativen Supermärkten und Vernetzung dieser mit sozialen Organisationen und Selbstvertretungen Armutsbetroffener





„Unsere Wohnung ist sehr, sehr heiß. Wir haben einen kleinen Ventilator, der verteilt nur die heiße Luft. Alles andere wäre zu teuer. Eines der Kinder hatte bereits einen Hitzeschlag.“

## KINDSPEZIFISCHE HERAUSFORDERUNGEN IN DER KLIMAKRISE



# KINDSPEZIFISCHE HERAUSFORDERUNGEN IN DER KLIMAKRISE

## AUSGANGSLAGE

Die spezifischen Belastungen armutsbetroffener Kinder durch die Klimakrise in Ländern mit hohem Durchschnittseinkommen sind bisher kaum Thema der Forschung gewesen. Dabei schränkt die Klimakrise unter anderem Gesundheit und Teilhabe von Kindern massiv ein.

Kinderarmut führt zu gesundheitlichen Ungleichheiten bei Kindern und Jugendlichen (Fendt u. a. 2023; Krause u. a. 2018; Kuntz u. a. 2018; Lampert u. a. 2018; Lichtenberger und Ranftler 2022a; WHO 2020). Die gesundheitlichen Ungleichheiten sind auch im Kontext der Klimakrise relevant, weil diese zusätzliche gesundheitliche Belastungen bedeuten oder bereits bestehende Ungleichheiten vertiefen können.

So kommt es bei Kindern zu einem Anstieg der hitzebedingten Krankenhauseinweisungen während Hitzewellen (Brugger u. a. 2022). Insbesondere Kleinkinder unter fünf Jahren gelten als gefährdete Gruppe, was unter anderem am höheren Risiko der Austrocknung und der noch nicht ausgereiften Fähigkeit zur Temperaturregulierung des kindlichen Körpers liegt, sowie an der höheren Belastung durch Luftverschmutzung aufgrund der weniger entwickelten Atemwege. Auch Fieber oder Durchfall treten bei Kindern während Hitzewellen häufiger auf (BMSGPK 2021, 42; Böse-O'Reilly u. a. 2023). Bereits vor der Geburt, d.h. in der Schwangerschaft, kann Hitze zu Komplikationen führen (Lorenz u. a. 2023). Seebauer und andere betonen in ihrer Studie im Auftrag des Sozialministeriums (BMSGPK 2021, 21), dass Kinder mit Atemwegserkrankungen durch Hitzewellen besonders gefährdet sind, da die Pollenbelastung durch die Hitze und stärkere Gewitter steigt (auch Luschkova u. a. 2022). Hier kann ein Bezug zu sozialen Ungleichheiten hergestellt werden, denn hinsichtlich der Prävalenz von Asthma wurde bereits ein Einfluss des sozioökonomischen Status der Eltern festgestellt (Thamm u. a. 2018, 6). Hitze in den Wohnungen führt bei Kindern zu physischen und psychischen Belastungen, etwa hinsichtlich der Schlafqualität, des Wohlbefindens, der Bewegungsintensität.

„Unsere Wohnung ist sehr, sehr heiß. Wir haben einen kleinen Ventilator, der verteilt nur die heiße Luft. Alles andere wäre zu teuer. Eines der Kinder hatte bereits einen Hitzeschlag.“

(Zitat eines armutsbetroffenen Vaters)

Aber nicht nur für die Kinder, auch für die Eltern führt Hitze zu Herausforderungen. Eine Mutter erzählt:

„Ich leide an Migräne, die durch die Hitze verstärkt wird.“

(Zitat einer armutsbetroffenen Mutter)

Auch bei der Schlafqualität fallen negative gesundheitliche Effekte durch ein Aufwachen in Armut und die verstärkte Betroffenheit während Hitzeperioden zusammen. Diese ist laut der HBSC-Studie bei Schüler\*innen aus der niedrigsten Wohlstandsgruppe deutlich stärker (Felder-Puig u. a. 2023a; 2023b). Die Schlafschwierigkeiten werden von den Familien auch explizit erwähnt:

„Tagsüber wars schon sehr heiß und nachts auch – so heiß, dass die Kinder kaum schlafen konnten tageweise.“

(Zitat einer armutsbetroffenen Mutter)

Hitze hat auch einen wesentlichen Einfluss auf die Nutzung unterschiedlicher Räume und in Folge auch unterschiedlicher sozialer Räume – etwa Hitzeeinseln wie z.B. Betonwüsten ohne Schatten (APCC 2018), die gemieden werden, oder Freibäder, die im Sommer stark frequentiert werden.

Forschung dazu, wie sich die soziale Teilhabe armutsbetroffener Kinder während Hitzeperioden verändert, ist den Autor\*innen nicht bekannt. Dass sich ein Aufwachen in Armut grundsätzlich negativ auf die soziale Teilhabe von Kindern auswirkt, zeigen unterschiedliche wissenschaftliche Studien. So wird etwa in der Forschung auf die stärkere Isolation sowie Mobbing- und Gewalterfahrungen verwiesen (Holz u. a. 2016) oder auch kleinere Freund\*innen-netzwerke (Butterwegge u. a. 2003). Eine Befragung von Sozialarbeiter\*innen, die die Volkshilfe Österreich im Jahr 2022 durchführte, zeigte, dass Armutsbetroffene besonders von sozialer Infrastruktur profitieren: 82% der Sozialarbeit\*innen gaben an, dass sich eine mangelnde soziale Teilhabe bereits in der frühen Kindheit (unter sechs Jahre) bemerkbar macht. Auf die Frage, in welchen Bereichen der sozialen Teilhabe armutsbetroffener Kinder und Jugendlicher die größten Einschränkungen wahrgenommen werden, sagen bei Mehrfachauswahl 72% der Befragten, dass insbesondere die mit Kosten verbundenen Freizeitaktivitäten relevant sind. 51% geben an, dass armutsbetroffene Kinder weniger Entscheidungsfreiheit in der Freizeit haben, dass sie also besonders auf öffentliche Infrastruktur und Angebote angewiesen sind (Aigner, Lichtenberger, Ranftler, u. a. 2023).

**ÖFFENTLICHER RAUM UND SOZIALE INFRASTRUKTUR FÜR KINDER SIND NICHT KLIMAFIT. DAS TRIFFT ETWA AUF HEISSE SCHULKLASSEN ODER ÜBERHITZTE KINDERGARTENGRUPPEN ZU, ABER AUCH AUF NICHT BESCHATTETE FREIFLÄCHEN IN BILDUNGSINSTITUTIONEN SOWIE IM ÖFFENTLICHEN RAUM. (AIGNER, LICHTENBERGER, BRUGGER, U. A. 2023)**

Das zeigt auch eine Befragung, an der die Volkshilfe mitwirkte: Mehr als ein Drittel der Kinder klagen über Hitze im öffentlichen Raum (wie etwa auf dem Spielplatz oder im Park), ein weiteres Viertel während der Erledigungen mit Eltern (24%). Mehr als die Hälfte der befragten Familien sucht aber öffentliche Orte wie beispielsweise Einkaufszentren auf (56%), um sich vor Hitze zu schützen. 45% der Haushalte sagen, dass sie mit Kosten verbundene Freizeitaktivitäten wie etwa den Besuch eines Schwimmbades oder auch einen Ausflug zu einem See gerne machen würden, was aber zum Zeitpunkt der Befragung nicht leistbar ist. Zugleich geben 16% der Befragten an, aufgrund von Hitze die Wohnung nicht zu verlassen, weitere 4% geben an, aus diesem Grund teilweise auf soziale Kontakte zu verzichten. Ein ähnlicher Anteil (5%) gibt an, aufgrund von Hitze andere Personen besucht zu haben. Für die Kinder fällt die Hitzeperiode häufig mit den Sommerferien zusammen, in denen keine oder deutlich weniger reguläre außerhäusliche Betreuung stattfindet. Der Besuch des Schwimmbads, aber auch Urlaube oder die Teilnahme an einem Sommercamp sind Formen sozialer Teilhabe, die kostenintensiv sind. In Zeiten der Klimakrise werden sie besonders wichtig, wenn im öffentlichen Raum zu wenig Trinkwasser, Schatten, Wasserspiele und Möglichkeiten der körperlichen Abkühlung vorhanden sind (Aigner, Lichtenberger, Brugger, u. a. 2023).

Die Flucht aus der heißen Wohnung führt viele Familien in nahegelegene Parks und auf Spielplätze:

„Ich gehe mit den Kindern oft raus, spazieren im Schatten oder in Parks mit Bäumen zum Spielen.“

(Zitat einer armutsbetroffenen Mutter).

Besonders Spielplätze mit Wasserspielmöglichkeiten werden von Familien, die diese Infrastruktur in der Nähe haben, gerne genutzt.



## LÖSUNGSANSÄTZE

Um Kinder im Allgemeinen und armutsbetroffene Kinder im Speziellen vor der Klimakrise zu schützen, braucht es feste Sicherungsnetze und den politischen Anspruch, die Interessen, Forderungen und Ideen von Kindern und Jugendlichen zur Gestaltung öffentlicher Infrastruktur zu hören und ernst zu nehmen. Die lokale Infrastruktur beeinflusst auch die Gesundheit armutsbetroffener Kinder. Relevant sind etwa die Beschattung von Spielflächen im öffentlichen Raum oder bei Freiflächen von Kinderbildungseinrichtungen. Grünräume in Städten fördern die körperliche und kognitive Entwicklung von Kindern und tragen zum sozialen Austausch bei, sofern sie für alle sozialen Milieus zugänglich sind (APCC 2018; Nesshöver u. a. 2017).

Hierzu sind neben öffentlichen Abkühlungsmöglichkeiten im Freien auch konsumfreie öffentliche Innenräume zur Abkühlung essentiell. Museen, Bibliotheken oder Vereinsräumlichkeiten könnten kinderfreundlich gestaltet werden und so nicht nur im Sommer vor Hitze, sondern auch im Winter vor Kälte schützen (siehe auch Aigner u. a. 2023).

Dafür müssen diese nicht nur auf ihre finanziellen, sondern auch auf ihre kulturellen und sozialen Hürden hin reflektiert werden, um als armutssensibel gelten zu können, u.a. im Hinblick auf die Faktoren Zeit (Öffnungszeiten, Anfahrten, organisatorische Hürden) und familiäre Ressourcen. Denn neben finanziellen Gründen führen auch Erfahrungen sozialer Stigmatisierung und Ausgrenzung zu einer verringerten Inanspruchnahme der Angebote.

## FORDERUNGEN DER VOLKSHILFE

- Einführung einer **Kindergrundsicherung**, um Kinder vor den Folgen von Kinderarmut zu schützen
- **Klimafitte Schulen und Kindergärten**, die ein Lernen, Spielen und Lachen auch während Hitzeperioden erlauben
- **Parks und Spielplätze** müssen beschattet sein und Zugang zu Trinkwasser und Abkühlungsmöglichkeiten haben
- **Mehr Ressourcen für Kindergesundheit**, gerade für Kinder mit gesundheitlichen Herausforderungen und Therapiebedarf; Sensibilisierung von Kinderärzt\*innen für die Folgen von Hitze
- Ausbau und Erhalt von kostenlosen oder **kostengünstigen öffentlichen Schwimmbädern**, Seezugängen und Badeplätzen, um allen Familien unabhängig vom Einkommen im Sommer Abkühlung zu verschaffen







Als eine der größten Sozialorganisationen Österreichs trägt auch die Volkshilfe eine Verantwortung in Fragen des Klimaschutzes. Wir setzen auf verschiedenen Ebenen an, um einen Beitrag zu einer sozial-ökologischen Transformation zu leisten.

DIE VOLKSHILFE IN DER  
KLIMAKRISE



# DIE VOLKSHILFE IN DER KLIMAKRISE

Als eine der größten Sozialorganisationen Österreichs trägt auch die Volkshilfe eine Verantwortung in Fragen des Klimaschutzes. Wir setzen auf verschiedenen Ebenen an, um einen Beitrag zu einer sozial-ökologischen Transformation zu leisten. Zwischen folgenden drei Bereichen kann in Bezug auf Klima- und Umweltthemen unterschieden werden:

- **Erstens** ist die Volkshilfe darum bemüht, den eigenen CO<sub>2</sub>-Fußabdruck zu verringern. Deshalb wurden in den vergangenen Jahren verstärkt Maßnahmen für eine Senkung des betriebsinternen Emissionsausstoßes und somit zur Verbesserung des Klimaschutzes ergriffen.
- **Zweitens** leistet die Volkshilfe einen aktiven Beitrag zum Aufbau klimasozialer Infrastruktur. Angebote der Volkshilfe, beispielsweise in den Bereichen upcycling, soziale Kreislaufwirtschaft und Arbeitsmarktintegration, haben sowohl einen sozialen, als auch einen ökologischen Effekt.
- **Drittens** kämpft die Volkshilfe für mehr Klimagerechtigkeit. Dafür werden konkrete Projekte umgesetzt und wissenschaftliche Daten gesammelt, die wiederum für die anwaltschaftliche Arbeit verwendet werden. Die Volkshilfe beteiligte sich in der Vergangenheit auch an Klima-Protesten und stellt nach Möglichkeit Ressourcen dafür bereit.

## SENKUNG DES BETRIEBSINTERNEN EMISSIONSAUSSTOSSES

Österreichweit werden von der Volkshilfe eine Vielzahl an Dienst- und Unterstützungsleistungen in fast allen sozialen Bereichen angeboten. Um diese Arbeit nachhaltiger zu gestalten, werden verschiedene Maßnahmen ergriffen und Prozesse eingeleitet. Eine Grundlage für die Reflexion umweltfreundlicheren Handelns als Organisation kann beispielsweise die Erstellung einer Ökobilanz sein. Dies ermöglicht es, einen Überblick darüber zu erlangen, wo innerhalb der Organisation die meisten Emissionen anfallen, um darauf aufbauend gezielte Einsparungsmaßnahmen zu ergreifen. In einigen Landesorganisationen der Volkshilfe wurden bereits Ökobilanzen erstellt. Aus diesen ist beispielsweise bekannt, dass ein Großteil der Emissionen in den Bereichen Mobilität und Gebäudenutzung (hier vor allem aufgrund von Heizung und Stromverbrauch) anfallen.

Insbesondere im Bereich der mobilen Pflege und Betreuung ist das Thema Mobilität von großer Bedeutung, weshalb hier vielerorts bereits Mobilitätskonzepte ausgearbeitet wurden, um den CO<sub>2</sub>-Ausstoß der Dienstfahrten zu reduzieren. So konnten beispielsweise Fuhrparks reduziert werden, indem Sharing-Konzepte und Alternativen zum Auto entwickelt wurden. Sofern dies möglich ist, wird überall dort, wo die Nutzung von Autos unumgänglich ist, eine Umstellung auf E-Mobilität angestrebt. Ebenso wurden Mitarbeiter\*innenbefragungen und Bewusstseinsbildungsworkshops durchgeführt und Mobilitätsteams eingesetzt, die mit der Erarbeitung von weiteren Einsparungsmaßnahmen beauftragt wurden.

Auch im Bereich der Energie wurden diverse Maßnahmen ergriffen, wie beispielsweise die verstärkte Errichtung von PV-Anlagen auf den Dächern von Einrichtungen. Volkshilfe-Landesorganisationen nehmen darüber hinaus an diversen Nachhaltigkeitsprogrammen teil, die es ermöglichen, weitere Energiesparmaßnahmen zu treffen. So konnte etwa der Stromverbrauch an verschiedenen Standorten gesenkt werden. Unter vielen Mitarbeitenden und Führungskräften wurden Schulungen durchgeführt und weitere ressourcenschonende Maßnahmen ergriffen, die beispielsweise darauf abzielen, Papier zu sparen oder Abfall zu vermeiden. Darüber hinaus finden an vielen Standorten Bemühungen statt, die jeweiligen sozialen Einrichtungen verstärkt zu begrünen und insgesamt nachhaltiger zu gestalten.

Auch die Umstellung der Beschaffungskriterien auf „nachhaltige Beschaffung“ ist ein Ziel, das bereits in mehreren Landesorganisationen verfolgt wird. Das Hauptaugenmerk wird hierbei auf regionale bzw. lokale Produkte gelegt, die klimafreundlich produziert werden.

Damit die Volkshilfe künftig noch klimafreundlicher und ökologisch nachhaltiger agieren kann, sind geeignete Rahmenbedingungen notwendig. Soziale Organisationen dürfen bei der Etablierung klima-sozialer Strukturen und Handlungsweisen nicht alleine gelassen werden. Hier braucht es verstärkte finanzielle Unterstützung von staatlicher Seite sowie Förderprogramme, die auf den Bereich der sozialen Organisationen zugeschnitten sind.

## AUFBAU EINER KLIMASOZIALEN INFRASTRUKTUR

Auch wenn Emissions-Einsparungspotential in verschiedenen Arbeitsbereichen der Volkshilfe herrscht - im Vergleich zu anderen Branchen übt die Volkshilfe mit der Sozialen Arbeit sowie der Pflege und Betreuung Tätigkeiten aus, die nicht sehr ressourcenintensiv sind. Zusätzlich leisten wir mit unseren Angeboten und Dienstleistungen einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz sowie zum Aufbau sozial-ökologischer Strukturen in Österreich. Zahlreiche Projekte der Volkshilfe zeichnen sich dadurch aus, dass sie sowohl soziale, als auch ökologische Wirkung zeigen. Als Organisation beteiligen wir uns somit aktiv am Aufbau klimasozialer Infrastrukturen und bereiten Wege, die zur sozial-ökologischen Wende beitragen.

Insbesondere die Projekte und Angebote der Volkshilfe in den Bereichen Arbeitsmarktintegration und soziale Kreislaufwirtschaft zeigen auf, wie soziale und ökologische Ziele miteinander verbunden werden können. Die Volkshilfe zählt zu jenen Organisationen, die österreichweit am meisten Altwaren und Altkleidung sammeln. In den Sozialökonomischen Betrieben (SÖB) der Volkshilfe erhalten langzeitarbeitslose Menschen die Möglichkeit auf einen Wiedereinstieg in den ersten Arbeitsmarkt und können im Bereich der Kreislaufwirtschaft mitarbeiten. Die sogenannten Transitmitarbeiter\*innen kommen beispielsweise in den Second-Hand-Shops der Volkshilfe zum Einsatz, etwa im Verkauf, in der Administration oder in den Sortieranlagen. Während dieser Zeit werden sie von Mitarbeiter\*innen der Volkshilfe betreut und beim Wiedereinstieg in den ersten Arbeitsmarkt unterstützt. Gleichzeitig werden in den Second-Hand und Vintage Shops kostengünstige und nachhaltige Produkte, wie etwa Kleidung oder Möbel, angeboten.

Auch in den zahlreichen Repair-Cafés der Volkshilfe werden soziale und ökologische Aspekte miteinander verknüpft. Anstatt einen Gegenstand wegzuworfen, wenn er kaputt ist, kann er ins Reparaturcafé gebracht werden. Mit der Unterstützung durch Freiwillige werden verschiedene Alltagsgegenstände repariert, vom kaputten Elektrogerät bis zu Textilien. Während dem gemeinsamen Tüfteln können die Besucher\*innen bei Kaffee und Kuchen ins Gespräch kommen, sich austauschen und neue Kontakte knüpfen. Das Projekt fördert somit neben der längeren Verwendung von Produkten auch die soziale Teilhabe.

Die soziale Energieberatung ist ein weiteres Angebot der Volkshilfe, das zu mehr Nachhaltigkeit, sowohl im sozialen als auch im ökologischen Sinne, beiträgt. Zur Unterstützung von energiearmen Haushalten sind ausgebildete Energieberater\*innen im Einsatz, die gemeinsam mit den Betroffenen Lösungen zur Senkung des Energieverbrauchs entwickeln. So können Energiekosten eingespart werden, die sowohl Menschen als auch die Umwelt entlasten. Auch in der Flüchtlings- und Migrant\*innenberatung kommen im Rahmen eines Multiplikator\*innensystems sogenannte "Klima-Coaches" zum Einsatz, um Energiearmut vorzubeugen und Informationen zu den Themen Mülltrennung und Umweltschutzmaßnahmen zu vermitteln.

Im Rahmen diverser Projekte, beispielsweise bei Vorträgen, Workshops oder in Beteiligungsprozessen, werden darüber hinaus klimasoziale Maßnahmen und nachhaltige Handlungsmöglichkeiten mit verschiedenen Zielgruppen diskutiert. Dafür kooperiert die Volkshilfe mit unterschiedlichen Projektpartner\*innen. Konkrete Umweltschutzmaßnahmen sowie Möglichkeiten klima-sozialen Handelns werden dabei an interessierte Menschen vermittelt.



Darunter sind auch Personen, die in Einrichtungen der Volkshilfe leben oder diese besuchen, oder, die als Volkshelfer\*innen tätig sind und die dann wiederum zu wichtigen Multiplikator\*innen werden.

Mit dem breiten Angebot an Dienst- und Unterstützungsleistungen in fast allen sozialen Bereichen, sowie aufgrund eines sehr aktiven zivilgesellschaftlichen Engagements, ist die Volkshilfe eine starke Akteurin im Bereich Nachhaltigkeit. Auch künftig sollen in Form von Projekten und Angeboten weitere positive und innovative Impulse gesetzt werden, die soziale und ökologische Ziele miteinander verbinden.

## **ANWALTSCHAFTLICHE UND WISSENSCHAFTLICHE ARBEIT IM BEREICH KLIMA UND ARMUT**

In der Volkshilfe Österreich wurde das Thema Klimakrise und die spezifischen Belastungen unserer Klient\*innen in den letzten Jahren in einigen Forschungsprojekten sowie in der Advocacy Arbeit bearbeitet. Um armutsbetroffene Familien besser im Umgang mit Klimafolgen zu unterstützen, ist es notwendig herauszufinden, worin die spezifischen, klimabedingten Herausforderungen und Belastungen bestehen. Dies gelingt am besten, wenn die Betroffenen selbst dazu befragt werden. Als Volkshilfe haben wir bereits langjährige Erfahrung in der Umsetzung wissenschaftlicher Projekte mit unseren Klient\*innen. Dabei kommen verschiedene Forschungsmethoden zur Anwendung, wie qualitative Interviews, telefonische Umfragen oder Fokusgruppengespräche.

Um einen möglichst geeigneten Rahmen zu schaffen, um mit armutsbetroffenen Familien über Klimabelastungen zu sprechen, wurden in einem vom Klimaschutzministerium beauftragten Projekt armutssensible Beteiligungsformate entwickelt (BMK 2024a). Im Zuge dieses, aber auch anderer vorangegangener Projekte (siehe etwa Lichtenberger und Ranftler 2022) konnten viele Erkenntnisse darüber gewonnen werden, was es bedeutet, als armutsbetroffene Person in Zeiten der Klimakrise zu leben.

Die gesammelten Daten werden im Rahmen von Forschungsberichten oder wissenschaftlichen Publikationen veröffentlicht und leisten einen Beitrag zum aktuellen Stand der Armuts- und Klimaforschung. Doch nicht nur im wissenschaftlichen, auch im öffentlichen Diskurs bringt die VHÖ die Forschungsergebnisse ein und verleiht Armutsbetroffenen somit eine Stimme.

Liedholz appelliert an die Träger Sozialer Arbeit, Klimagerechtigkeit auch in ihren eigenen Organisationen umzusetzen. Und er fordert weiter: „Eine klimagerechte Soziale Arbeit müsste ihre gesellschaftspolitischen Handlungsspielräume ausloten, auch wenn dies herausfordernd erscheint. Sie könnte Kooperationen mit sozialen (Klima-)Bewegungen eingehen und sich in Klimawandelkonflikten einbringen. Sie könnte den Klimawandel als eine soziale Frage in die Öffentlichkeit tragen [...]“ (Liedholz 2023, 193)

Diese Ansätze dienen der Volkshilfe als Orientierung in der anwaltschaftlichen und wissenschaftlichen Arbeit sowie in der Sozialen Arbeit und werden bereits auf verschiedenen Ebenen umgesetzt.

Um verstärkt Druck auf politische Entscheidungsträger\*innen auszuüben, vernetzt sich die Volkshilfe darüber hinaus sowohl auf Bundes- als auch auf Länderebene mit anderen Organisationen im Klima- und Umweltbereich. Im Rahmen gemeinsamer Projekte oder öffentlicher Stellungnahmen wird auf Missstände an der Schnittstelle von Klima und Armut hingewiesen sowie die Umsetzung klimasozialer Maßnahmen eingefordert. Außerdem engagiert sich die Volkshilfe aktiv in Klimabündnissen und beteiligt sich an Demonstrationen, wie beispielsweise beim internationalen Klimastreik.







Ohne eine entschlossene Bearbeitung der Klimakrise gibt es kein gutes Leben für alle. Dabei ist es von enormer Bedeutung, die Klimakrise auch als soziale Frage zu verstehen und in diesem Sinne zu handeln.

## FAZIT & AUSBLICK



# FAZIT & AUSBLICK

Die Klimakrise und ihre negativen Folgen sind für uns alle in Österreich bereits heute schon spürbar. Deshalb bekennt sich die Volkshilfe Österreich zu den Pariser Klimazielen und schließt sich auch den Empfehlungen des APCC an

Die Volkshilfe Österreich bekennt sich zu den Pariser Klimazielen und schließt sich auch den Empfehlungen des APCC an (APCC 2018, 18). Denn: ohne eine entschlossene Bearbeitung der Klimakrise gibt es kein gutes Leben für alle. Dabei ist es von enormer Bedeutung, die Klimakrise auch als soziale Frage zu verstehen und in diesem Sinne zu handeln. Erreicht werden kann dies mithilfe einer „klimasozialen Politik“, welche Konzepte und Lösungsansätze bietet, um soziale und ökologische Krisen zusammenzudenken (Die Armutskonferenz u. a. 2021). Statt Verzicht und Einschränkungen von allen gleichermaßen zu verlangen und die Bearbeitung der Klimakrise auf Individuen und ihre Konsumententscheidungen abzuschieben, werden dabei die Potentiale einer klimafreundlichen und zugleich sozial gerechten Zukunft herausgearbeitet. Denn Klimaschutz auf individueller Ebene ist, vor allem für Armutsgefährdete, äußerst voraussetzungsvoll: „Nachhaltige Konsumpraktiken können vor allem dann in die eigene Lebensführung integriert werden, wenn sie mit einer Erweiterung materieller Teilhabemöglichkeiten verbunden sind.“ (Fischer u. a. 2021, 77).

Klimasoziale Maßnahmen verbinden soziale mit ökologischen Zielen und zeichnen sich durch einen armutssensiblen Blick aus. Im Zentrum steht eine klimafitte Infrastruktur, welche die ungleiche Verteilung von klima-induzierten Belastungen mildern und strukturelle Verbesserungen für vulnerable Gruppen erzielen kann, während gleichzeitig Verbesserungen beim Klimaschutz erreicht werden (ebd.). So schaffen wir die sozial-ökologische Transformation unserer Gesellschaft und unserer Wirtschaft.

## KLIMAFITTE INFRASTRUKTUR FÜR ALLE KANN NICHT NUR DIE LEBENSQUALITÄT VON ARMUTSBETROFFENEN MENSCHEN STEIGERN, SONDERN AUCH DEREN CHANCEN AUF SOZIALE TEILHABE.

Dies unterstreicht die zentrale Bedeutung, die Infrastrukturmaßnahmen für armutsbetroffene Menschen haben. Klimasoziale Maßnahmen schaffen darüber hinaus die nötigen Voraussetzungen dafür, dass auch Haushalte mit geringem Einkommen klimafreundlich handeln können. Um klimapolitische Maßnahmen sozial gerecht zu gestalten und soziale und ökologische Herausforderungen zusammenzudenken, ist es zentral, die Perspektiven, Belastungen und Bedarfe armutsbetroffener Menschen zu berücksichtigen. Die nachhaltige Handlungsoption muss also nicht nur die kostengünstigere und attraktivere sein, sondern auch insgesamt zu einer verbesserten Lebensqualität beitragen. In Bezug auf armutsbetroffene Personen muss dabei vor allem ein sicherer und preisgünstiger Zugang zu Gütern und Dienstleistungen ermöglicht werden.

Vulnerable Gruppen, wie etwa armutsbetroffene oder geflüchtete Familien, sind in der österreichischen (Klima-)Politik zumeist nicht repräsentiert, was sich auch in der Gesetzgebung widerspiegelt. Die Volkshilfe setzt sich deshalb für ihre Interessen ein, damit nicht jene den größten Preis für Klimapolitik zahlen, die die Klimakrise am wenigsten zu verantworten haben. Es gilt vielmehr die Hauptverursacher\*innen stärker zur Verantwortung zu ziehen. Dies bedeutet unter anderem die Umverteilung von Vermögen (und damit von Macht sowie Handlungsspielräumen), um Klimaschutz fair und langfristig zu finanzieren. Zugleich braucht es den Rückbau von klimaschädlichen Strukturen und Wachstumszwängen, die die Wurzeln von Armut sowie der Ausbeutung von Mensch und Natur sind (Brand und Wissen 2017), auch dafür machen wir uns als Volkshilfe stark.



# LITERATUR

- Aigner, Ernest, Christoph Görg, Astrid Krisch, Verena Madner, Andreas Muhar, Andreas Novy, Alfred Posch, u. a. 2023. „Technische Zusammenfassung“. In APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben, hrsg. Christoph Görg, Verena Madner, Andreas Muhar, Andreas Novy, Alfred Posch, Karl W. Steininger, und Ernest Aigner. Berlin, Heidelberg: Springer, 35–104. doi:10.1007/978-3-662-66497-1\_3.
- Aigner, Ernest, und Hanna Lichtenberger. 2021. „Pflege: Sorglos? Klimasoziale Antworten auf die Pflegekrise“. In Klimasoziale Politik. Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten, hrsg. Die Armutskonferenz, BEIGEWUM, und ATTAC. Wien: bahoe books, 175–83.
- Aigner, Ernest, Hanna Lichtenberger, Katharina Brugger, und Andrea Schmidt. 2023. Armutsgefährdete Kinder in der Klimakrise: Betroffene, Anpassung und soziale Infrastruktur. Endbericht von StartClim2022.A in StartClim2022: Schlüsselmaßnahmen, Messbarkeit und Notfallszenarien. Im Auftrag von BMK, BMWFW, Klima- und Energiefonds, Land Oberösterreich.
- Aigner, Ernest, Hanna Lichtenberger, Judith Ranftler, und Sonja Schmeißl. 2023. „Es ist wie in einer Sauna. Die Betroffenheit armutsbetroffener Kinder und ihrer Familien durch die Klimakrise und sozialpolitische Antworten“. *soziales\_kapital* 27: 79–99.
- Allinger, Laura, Marie Chahrouh, Anna Larcher, und Hanna Lichtenberger. 2024. „Im Sommer ist die Wohnung zu warm, im Winter zu kalt. Klimasoziale Maßnahmen zur Bekämpfung von Wohnbelastungen Armutsbetroffener“. *Sozialpolitik in Diskussion* 25/2024: 42–52.
- Allinger, Laura, Clara Moder, Robert Rybaczek-Schwarz, und Martin Schenk. 2021. „Armut durch Klimapolitik überwinden“. In Klimasoziale Politik. Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten., hrsg. Die Armutskonferenz, ATTAC, und BEIGEWUM. Wien: bahoe books.
- APCC. 2018. Österreichischer Special Report Gesundheit, Demographie und Klimawandel (ASR18). Austrian Panel on Climate Change (APCC). Wien: Österreichische Akademie der Wissenschaften.
- APCC. 2023. APPCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben (APCC SR Klimafreundliches Leben) [Görg, C., V. Madner, A. Muhar, A. Novy, A. Posch, K. Steininger und E. Aigner (Hrsg.)]. Berlin/Heidelberg.: Springer Spektrum.
- ARGE Klimarat. 2022. Klimaneutralität bis 2040: Die Empfehlungen. Wien: ARGE Klimarat. <https://klimarat.org/wp-content/uploads/Klimarat-Endbericht-WEB.pdf> (12. September 2024).
- Attac. n.v. Der Energie-Grundanspruch. <https://www.attac.at/kampagnen/energieversorgung-demokratisieren/der-energie-grundanspruch> (10. September 2024).
- AWO, (Arbeiterwohlfahrt). 2020. „Warum klimafreundlich pflegen?“ <https://klimafreundlich-pflegen.de/> (8. September 2024).
- BMK. 2024a. Betroffen von der Klimakrise. Ein Projekt zur Perspektive von armuts- und ausgrenzungsgefährdeten Menschen auf die Klimakrise und deren Folgen. Wien: Bundesministerium für Klimaschutz.
- BMK. 2024b. „Der Klimawandel und seine Folgen“. [https://www.oesterreich.gv.at/themen/umwelt\\_und\\_klima/klima\\_und\\_umweltschutz/Seite.1000200.html](https://www.oesterreich.gv.at/themen/umwelt_und_klima/klima_und_umweltschutz/Seite.1000200.html) (28. August 2024).
- BMK. 2024c. „Mehr als 47.000 Hitze-Tote 2023 in Europa.“ <https://infothek.bmk.gv.at/mehr-als-47-000-hitze-tote-2023-in-europa/#:~:text=486%20Hitzetote%20in%20%C3%96sterreich,die%20Zahl%20bei%20486%20Hitzetoten.> (28. August 2024).
- BMSGPK. 2021. Soziale Folgen des Klimawandels in Österreich. Wien: Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK).
- Böse-O'Reilly, Stephan, Fiona O'Reilly, und Christian Roeßler. 2023. „Hitzebelastung bei Kindern“. *Monatsschrift Kinderheilkunde* 171(2): 124–29. doi:10.1007/s00112-022-01682-7.
- Brand, Ulrich. 2014. „Sozial-ökologische Transformation als gesellschaftspolitisches Projekt“. *Kurswechsel* (2/2014): 7–18.
- Brand, Ulrich, und Markus Wissen. 2017. Imperiale Lebensweise: Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. Globale Auswirkungen verstehen, Kapitalistische Praktiken und ihre Alternativen. München: oekom verlag GmbH.
- Breckner, Ingrid. 2020. „Neues Soziales Wohnen im Kontext aktueller gesellschaftlicher Herausforderungen“. In Neues soziales Wohnen. Positionen zur IBA\_Wien 2022, hrsg. IBA\_Wien 2022 und future.lab. Berlin: jovis Verlag GmbH, 18–19.
- Brenner, Alexander. 2021. „Mobilität: Warum eine klimafreundliche Umgestaltung sozial gerecht ist“. In Klimasoziale Politik: eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten, hrsg. Ernest Aigner, Die Armutskonferenz, ATTAC, und Beirat für Gesellschafts-, Wirtschafts- und Umweltpolitische Alternativen. Wien: bahoe books, 163–74.
- Brenner-Skazedonig, Alexander, und Lina Mosshammer. 2023. „Die klimasoziale Mobilitätswende Raus aus dem teuren Autozeitalter“. In Es brennt: Armut bekämpfen, Klima retten, hrsg. Margit Appel, Robert Rybaczek-Schwarz, Alexander Brenner-Skazedonig, Verena Fabris, Gunter Graf, Alban Knecht, Sandra Matzinger, Martin Schenk, und Die Armutskonferenz. Norderstedt: BoD Verlag, 109–16.
- Brugger, Katharina, Andrea E. Schmidt, und Jennifer Delcour. 2022. Krankenhausaufenthalte im direkten Zusammenhang mit Hitze und Sonnenlicht in Österreich (2002–2020). Factsheet. Wien: Gesundheit Österreich.
- Butterwegge, Carolin, Karin Holm, Barbara Imholz, Martin Klundt, und Caren Michels. 2003. Armut und Kindheit. Ein regionaler, nationaler und internationaler Vergleich. Opladen: Leske + Budrich.
- Buxbaum, Adi, Pia Kranawetter, und Florian Wukovitsch. 2019. AK-Wohlstandsbericht 2019. Wien: Arbeiterkammer Wien.
- Campbell, Sharon, Tomas A. Remenyi, Christopher J. White, und Fay H. Johnston. 2018. „Heatwave and Health Impact Research: A Global Review“. *Health & Place* 53: 210–18. doi:10.1016/j.healthplace.2018.08.017.
- Carnes, Bruce A., David Staats, und Bradley J. Willcox. 2014. „Impact of Climate Change on Elder Health“. *The Journals of Gerontology. Series A, Biological Sciences and Medical Sciences* 69(9): 1087–91. doi:10.1093/gerona/glt159.
- CCCA. 2021. Temperaturentwicklungen in Österreich im globalen Kontext. Graz: Climate Change Center Austria.
- Chahrouh, Marie. 2023. „Nachhaltige Arbeit. Ein Weg zu einem guten Leben für alle“. In Es brennt: Armut bekämpfen, Klima retten, hrsg. Margit Appel, Robert Rybaczek-Schwarz, Alexander Brenner-Skazedonig, Verena Fabris, Gunter Graf, Alban Knecht, Sandra Matzinger, Martin Schenk, und Die Armutskonferenz. Norderstedt: BoD Verlag, 147–51.
- Crippa, Monica, Efisio Solazzo, Diego Guizzardi, Fabio Monforti-Ferrario, Francesco Nicola Tubiello, und Adrian Leip. 2021. „Food systems are responsible for a third of global anthropogenic GHG emissions“. *Nature Food* 2(3): 198–209. doi:10.1038/s43016-021-00225-9.



- Die Armutskonferenz, ATTAC, und BEIGEWUM, hrsg. 2021. Klimasoziale Politik: eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten. Wien: bahoe books.
- Diehl, Katja. 2022. Autokorrektur: Mobilität für eine lebenswerte Welt. Frankfurt am Main: FISCHER Taschenbuch.
- Dietz, Kristina und Louisa Prause. 2020. Die sozial-ökologischen Folgen der E-Mobilität. Konflikte um den Rohstoffabbau im Globalen Süden. In Baustelle Elektromobilität. Sozialwissenschaftliche Perspektiven auf die Transformation der (Auto-)Mobilität, hrsg. Achim Brunnengräber und Tobias Haas. Bielefeld: Transcript Verlag, 329-354
- Felder-Puig, Rosemarie, Friedrich Teutsch, und Roman Winkler. 2023a. Gesundheit und Gesundheitsverhalten von österreichischen Schülerinnen und Schülern. Ergebnisse des WHO-HBSC-Survey 2021/22. Wien: Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK).
- Felder-Puig, Rosemarie, Friedrich Teutsch, und Roman Winkler. 2023b. Psychische Gesundheit von österreichischen Jugendlichen. HBSC Factsheet 01 aus Erhebung 2021/22. Wien: Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK).
- Fendt, Maren, Heike Hölling, Thomas Lampert, und Julia Waldhauer. 2023. „Die Bedeutung des sozioökonomischen Status für das Auftreten von psychischen Auffälligkeiten bei 11- bis 17-jährigen Mädchen und Jungen in Deutschland. Ergebnisse der KiGGS-Welle 2 (2014–2017)“. Das Gesundheitswesen 85(5): 444–51. doi:10.1055/a-1916-9664.
- Fink, Marian, Christine Mayrhuber, und Silvia Rocha-Akis. 2022. Steigende Lebenserhaltungskosten und Armut. WIFO Research Briefs. Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO).
- FORBA. 2024. Arbeitnehmer:innenschutz in Österreich: Eine Bestandsaufnahme – mit Zukunft. Wien: Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA).
- Fritz, Martin, und Katharina Bohnenberger. 2020. „Sozialpolitik for Future: Wie Nachhaltige Sozialpolitik Klimagerechtigkeit Schafft“. Forschungsjournal Soziale Bewegungen 33(1): 269–81. doi:10.1515/fjsb-2020-0022.
- Gottschlich, Daniela. 2022. „Transformation“. In Sozialraum. Sozialraumforschung und Sozialraumarbeit, hrsg. Fabian Kessl und Christian Reutlinger. Wiesbaden: Springer, 693–704.
- Greenpeace. 2020. Klimaungerechtigkeit in Österreich. Wien: Greenpeace in Zentral- und Osteuropa.
- Greenpeace. 2023. „Greenpeace zu Klimaschutz-Szenario: Österreich verfehlt EU-Klimaziele deutlich“. [https://greenpeace.at/presse/oesterreich-verfehlt-eu-klimaziele-deutlich/?utm\\_source=google&utm\\_medium=ad&utm\\_campaign=the&utm\\_content=the\\_grants&utm\\_source=1&gclid=CjwKCAjwlbU2BhA3EiwA3yXyUwMkbdgcJSZWNwRIQ6H17aDL6lyDjDMx-WJuBYgEbZQHSfS2yoeZshoCDB8QAvD\\_BwE](https://greenpeace.at/presse/oesterreich-verfehlt-eu-klimaziele-deutlich/?utm_source=google&utm_medium=ad&utm_campaign=the&utm_content=the_grants&utm_source=1&gclid=CjwKCAjwlbU2BhA3EiwA3yXyUwMkbdgcJSZWNwRIQ6H17aDL6lyDjDMx-WJuBYgEbZQHSfS2yoeZshoCDB8QAvD_BwE) (28. August 2024).
- Heede, Richard. 2019. Carbon Majors. Accounting for carbon and methane emissions 1854-2010. Methods & Results Report. Riga: OmniScriptum.
- Hinterbuchner, Karin, Julia Zuschnegg, Rebecca Lirussi, Thomas Windhaber, Tamara Archan, und Ines Kadric. 2021. „Geringe Attraktivität des Pflegeberufs bei Auszubildenden: COVID 19 hat die Belastungen verschärft“. ProCare 26(8): 50–55. doi:10.1007/s00735-021-1396-4.
- Holz, Gerda, Claudia Laubstein, und Nadine Seddig. 2016. Armutsfolgen für Kinder und Jugendliche. Erkenntnisse aus empirischen Studien in Deutschland. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- IIBW, und Umweltbundesamt. 2023. Monitoring-System zu Sanierungsmaßnahmen in Österreich 2023. Wien: Institut für Immobilien, Bauen und Wohnen & Umweltbundesamt.
- IPCC. 2023. Climate Change 2023: Synthesis Report. Contribution of Working Groups I, II and III to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. hrsg. Core Writing Team, H. Lee, und J Romero. Genf: IPCC.
- Klinenberg, Eric. 2002. Heat Wave: A Social Autopsy of Disaster in Chicago. Chicago: University of Chicago Press.
- Krause, Laura, Benjamin Kuntz, Liane Schenk, und Hiltraud Knopf. 2018. „Mundgesundheitsverhalten von Kindern und Jugendlichen in Deutschland – Querschnittergebnisse aus KiGGS Welle 2 und Trends“. Journal of Health Monitoring 3(4): 3–21. doi:10.17886/RKI-GBE-2018-089.
- Kuntz, Benjamin, Petra Rattay, Christiane Poethko-Müller, Roma Thamm, Heike Hölling, und Thomas Lampert. 2018. „Soziale Unterschiede im Gesundheitszustand von Kindern und Jugendlichen in Deutschland – Querschnittergebnisse aus KiGGS Welle 2“. Journal of Health Monitoring 3(3): 19–36. doi:10.17886/RKI-GBE-2018-076.
- Lampert, Thomas, Jens Hoebel, Benjamin Kuntz, Stephan Müters, und Lars Eric Kroll. 2018. „Messung des sozioökonomischen Status und des subjektiven sozialen Status in KiGGS Welle 2“. Journal of Health Monitoring 3(1): 114–33. doi:10.17886/RKI-GBE-2018-016.
- Lichtenberger, Hanna, und Judith Ranftler. 2022a. „Die Butter-Nudel-Woche. Zum Zusammenhang von Familienarmut und Kindergesundheit am Beispiel Ernährung“. In Bericht zur Lage der Kinder- und Jugendgesundheit in Österreich 2022, hrsg. Österreichische Liga für Kinder- und Jugendgesundheit. Wien, 33–41.
- Lichtenberger, Hanna, und Judith Ranftler. 2022b. Hitzebelastung armutsbetroffener Familien. Vorabauswertung aus dem Projekt Existenzsicherung 2022/2023. Wien: Volkshilfe Österreich.
- Lichtenecker, Ruperta, Karin Schanes, Felix Durstmüller, Claudia Lichtblau, Michaela Truppe, und Christina Lampl. 2024. Strategie klimaneutrales Gesundheitswesen. Wien: Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK).
- Liedholz, Yannick. 2023. „Klimagerechte Soziale Arbeit. Drei Schritte auf dem Weg dorthin“. In Es brennt: Armut bekämpfen, Klima retten, hrsg. Margit Appel, Robert Rybaczek-Schwarz, Alexander Brenner-Skazedonig, Verena Fabris, Gunter Graf, Alban Knecht, Sandra Matzinger, Martin Schenk, und Die Armutskonferenz. Norderstedt: BoD Verlag, 189–96.
- Littig, Beate. 2023. „Die sozial-ökologischen Zukünfte der Arbeitsgesellschaft. Eine geschlechterpolitische Bestandsaufnahme“. In Es brennt: Armut bekämpfen, Klima retten, hrsg. Margit Appel, Robert Rybaczek-Schwarz, Alexander Brenner-Skazedonig, Verena Fabris, Gunter Graf, Alban Knecht, Sandra Matzinger, Martin Schenk, und Die Armutskonferenz. Norderstedt: BoD Verlag, 61–72.
- Loder, Allister, Fabienne Cantner, Lennart Adenaw, Nico Nachtigall, David Ziegler, Felix Gotzler, Markus B. Siewert, u. a. 2024. „Observing Germany’s Nationwide Public Transport Fare Policy Experiment “9-Euro-Ticket” – Empirical Findings from a Panel Study“. Case Studies on Transport Policy 15/2024: 101148. doi:10.1016/j.cstp.2024.101148.
- Lorenz, Stephanie, Ilona Krey, Frederike Harms, Anja Freiseis, Florian Schmid, Roman Pokora, Kristina Stamos, Daniela Kohlfürst, und Anne Sophie Albertowski. 2023. „Klimawandel und Kindergesundheit – Ein Aufruf zum Handeln“. Monatsschrift Kinderheilkunde 171(1): 63–71. doi:10.1007/s00112-022-01642-1.
- Luks, Fred. 2019. „(Große) Transformation – die neue große Nachhaltigkeitserzählung?“ In Chancen und Grenzen der Nachhaltigkeitstransformation, hrsg. Fred Luks. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 3–18.
- Luschkova, Daria, Claudia Traidl-Hoffmann, und Alika Ludwig. 2022. „Climate change and allergies“. Allergo Journal International 31(4): 114–20. doi:10.1007/s40629-022-00212-x.



- Martinez-Alier, Joan. 2017. „Energy, Economy, and Poverty: The Past and Present Debate“. In *Transforming Power*, Routledge.
- McDermott-Levy, Ruth, und Donna M. Fick. 2020. „Advancing Gerontological Nursing Science in Climate Change“. *Research in Gerontological Nursing* 13(1): 6–12. doi:10.3928/19404921-20191204-02.
- Müller-Wipperfürth, Stephanie. 2020. „Ausbeutung in der Erntearbeit: Was kann dagegen getan werden?“ A&W blog. <https://www.awblog.at/Arbeit/ausbeutung-in-der-erntearbeit> (9. September 2024).
- Nabernegg, Stefan. 2021. *Emission distribution and incidence of national mitigation policies among households in Austria*. Graz: Universität Graz, Institut für Volkswirtschaftslehre.
- Nesshöver, Carsten, Timo Assmuth, Katherine N. Irvine, Graciela M. Rusch, Kerry A. Waylen, Ben Delbaere, Dagmar Haase, u. a. 2017. „The science, policy and practice of nature-based solutions: An interdisciplinary perspective“. *Science of The Total Environment* 579: 1215–27. doi:10.1016/j.scitotenv.2016.11.106.
- österreich.gv.at. n.v. „Allgemeines zu pflegenden Angehörigen“. <https://www.oesterreich.gv.at/themen/pflege/5/Seite.360524.html> (3. September 2024).
- Österreichische Koordinationsstelle für Energiegemeinschaften. 2023. „Solidarische Energiegemeinschaften“. <https://energiegemeinschaften.gv.at/solidarische-energiegemeinschaften/> (2. September 2024).
- Oxfam. 2015. *Jahresbericht 2015*. Berlin: Oxfam Deutschland.
- Plank, Christna, Marianne Penker, und Karl-Michael Brunner. 2021. „Ernährung klimaoszial gestalten“. In *Klimasoziale Politik: eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten*, hrsg. Die Armutskonferenz, Attac, und BEIGEWUM. Wien: bahoe books, 143–52.
- Schermer, Markus, und Franziskus Forster. 2019. „Ernährungssicherheit in Österreich. Zum Beispiel Milch und Fleisch“. In *Agrar-Atlas. Daten und Fakten zur EU-Landwirtschaft 2019*. Österreichische Ausgabe., hrsg. Heinrich-Böll-Stiftung und Gloabl 2000. Berlin/Wien, 36–37.
- Schultz, Jürgen. 2016. *Die Ökozonen der Erde: 139 Zeichnungen, 23 Tabellen und 5 Kästen, 3 farbige Abbildungen im Anhang*. 5., vollständig überarbeitete Auflage. Stuttgart: Verlag Eugen Ulmer.
- Sommer, Bernd, und Harald Welzer. 2017. *Transformationsdesign: Wege in eine zukunftsfähige Moderne*. München: Oekom Verlag.
- Staller, Susanne, Heide Studer, Michael Szeiler, und Laurentius Terzic. 2022. *Klimagerechtigkeit im öffentlichen Raum*. Wien: Arbeiterkammer Wien.
- Statistik Austria. 2023. „Energieeinsatz der Haushalte“. <https://www.statistik.at/statistiken/energie-und-umwelt/energie/energieeinsatz-der-haushalte> (10. September 2024).
- Statistik Austria. 2024a. *Tabellenband EU-SILC 2023 und Bundesländertabellen mit Dreijahresdurchschnitt EU-SILC 2019 bis 2021*. Wien: Statistik Austria.
- Statistik Austria. 2024b. *Wohnen 2023 – Zahlen, Daten und Indikatoren der Wohnstatistik*. Wien: Statistik Austria.
- Taylor, Matthew, und Jonathan Watts. 2019. „Revealed: The 20 Firms behind a Third of All Carbon Emissions“. *The Guardian*. <https://www.theguardian.com/environment/2019/oct/09/revealed-20-firms-third-carbon-emissions> (28. August 2024).
- Thamm, Roma, Christna Poethko-Müller, Antje Hüther, und Michael Thamm. 2018. „Allergische Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen in Deutschland – Querschnittergebnisse aus KiGGS Welle 2 und Trends“. *Journal of Health Monitoring* 3(3). doi:10.17886/RKI-GBE-2018-075.
- UITP. 2023. *Mobility Hubs: Den Wandel hin zu einer integrierten nachhaltigen Mobilität lenken*. Brüssel: International Association of Public Transport (UITP).
- Umweltbundesamt. 2024a. *Klimaschutzbericht 2024*. Wien: Umweltbundesamt GmbH.
- Umweltbundesamt. 2024b. „Rote Listen gefährdeter Tiere“. <https://www.umweltbundesamt.at/umweltthemen/naturschutz/rotelisten/rote-listen-gefaehrddeter-tierarten> (28. August 2024).
- United Nations. 2015. „Sustainable Development Goals“. <https://sdgs.un.org/goals> (21. August 2024).
- Unruh, Gregory C. 2000. „Understanding carbon lock-in“. *Energy Policy* 28(12): 817–30. doi:10.1016/S0301-4215(00)00070-7.
- VCÖ. n.v. „Zahlen und Fakten zur Verkehrsinfrastruktur in Österreich“. <https://vcoe.at/service/fragen-und-antworten/zahlen-und-fakten-zur-verkehrsinfrastruktur-in-oesterreich> (2. September 2024).
- Volkshilfe. 2024. *Wohnkrise bewältigen: Schlüsselstrategien der Volkshilfe für gesichertes Wohnen*. Wien: Volkshilfe Österreich.
- Volkshilfe Oberösterreich. 2023. „Projekt Energieberatung“. <https://www.attac.at/kampagnen/energieversorgung-demokratisieren/der-energie-grundanspruch> (10. September 2024).
- Volkshilfe Wien. n.v. „Wohn- und Energie-Kompass“. <https://www.volkshilfe-wien.at/volkshilfe-wien-energiekompass/> (10. September 2024).
- Wagner, Petra, und Gudrun Haindlmaier. 2017. *Soziale Innovationen im Bereich Personen- und Gütermobilität – Eine erste Bilanz*. Wien: Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie.
- WHO. 2018. *WHO housing and health guidelines*. Genf: World Health Organization. <https://iris.who.int/handle/10665/276001> (11. September 2024).
- WHO. 2020. *Health Behaviour in School-aged Children. Spotlight on adolescent health and well-being. Findings from the 2017/2018 Health Behaviour in School-Aged- Children (HBSC). Survey in Europe and Canada. Vol. 2. Key Data. International Report*. Kopenhagen: World Health Organization.
- Wiener Wohnen. 2024. „22. Bezirk: Brockhausengasse 52-54“. <https://www.wienerwohnen.at/gemeindewohnungenneu/brockhausengasse.html> (21. August 2024).
- Woo, Tiffany, Roger Ho, Arthur Tang, und Wilson Tam. 2020. „Global prevalence of burnout symptoms among nurses: A systematic review and meta-analysis“. *Journal of Psychiatric Research* 123/2020: 9–20. doi:10.1016/j.jpsychires.2019.12.015.
- WWF. 2022. „5 Punkte Energiespar-Programm für Österreich So erreichen wir die Klimaziele und werden unabhängiger von fossiler Energie“. <https://www.wwf.at/artikel/5-punkte-energiespar-programm-fuer-oesterreich/> (21. August 2024).
- WWF. 2023. *Bodenreport 2023*. Wien: WWF Österreich.



## **IMPRESSUM**

Volkshilfe Österreich  
Auerspergstraße 4, 1010 Wien

+43 1 402 62 09 | office@volkshilfe.at | www.volkshilfe.at

Für den Inhalt verantwortlich  
Erich Fenninger

**Autor\*innen**  
Marie Chahrour, Hanna Lichtenberger, Sandra Prandstätter, Ann-Kathrin Ruf, Sonja Schmeißl, Jeremias Staudinger

**Koordination und inhaltliche Rückfragen/Feedback:**  
Mag.a Hanna Lichtenberger, MA, [hanna.lichtenberger@volkshilfe.at](mailto:hanna.lichtenberger@volkshilfe.at)

**Layout**  
Lea Panzenberger

**Druckerei**  
Flyeralarm

**Credits**  
Cover © stock.adobe.com\_Halfpoint/S. 8,9 © istockphoto.com\_Christian Feldhaar/S. 13 © istockphoto.com\_golero/  
S. 14, 15 © istockphoto.com\_MartinPrescott/S. 19 © freepik.com/S. 20,21 © Guillem de Balanzó\_stock.adobe.com/  
S. 24, 25 © istockphoto.com\_Dima Berlin/ S. 29 © stock.adobe.com\_Spitz-Foto/ S. 30, 31 © istockphoto.com\_solidcolours/  
S. 35 © freepik.com/ S. 36,37 © istockphoto.com\_miodrag ignjatovic/ S. 40,41 © istockphoto.com\_SeventyFour/  
S. 44,45 © istockphoto.com\_Liudmila Chernetska/ S.49 © stock.adobe.com\_Sergei/ S.50, 51 © Volkshilfe Oberösterreich/  
S. 55 © Volkshilfe Wien/ S. 56,57 © stock.adobe.com

**Stand**  
September 2024



**volkshilfe.**

**volkshilfe.at**